




// Gute Gründe gegen den Waffenhandel



Inhaltsverzeichnis

Statt eines Vorwortes	03
Internationaler Rüstungsmarkt	05
// Deutschland: drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt	05
// Der globale Rüstungsmarkt boomt	08
Fragen und Antworten zum Rüstungsexport	11
// Deutschland braucht ein Rüstungsexport(verbots)-Gesetz	11
// Aktuelle Gesetze, Richtlinien, Verfahren und die Datenlage	13
// Die deutsche Rüstungswirtschaft	17
// Auswirkungen von Rüstungsexporten in den Empfängerländern	20
// Strategische und außenwirtschaftliche Interessen Deutschlands	22
// Positionen wichtiger gesellschaftlicher Akteure	25
Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013	27
Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht«	29
// Trägerorganisationen und Aktionsbündnis	29
// Mitglied werden im Aktionsbündnis	30
// Sprecher/-in der Kampagne	29
Bewaffnete Konflikte und Rüstungsexporte	31

Impressum

- // **Autoren:** Andreas Zumach, Thomas Meinhardt
- // **Redaktion:** Thomas Meinhardt, Christine Hoffmann, Jürgen Grässlin, Holger Rothbauer, Paul Russmann
- // **Herausgeber:** Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht«
- // **V. i. S. d. P.:** Christine Hoffmann, Internationale katholische Friedensbewegung pax christi, Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de
- // **Bestelladresse:** Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, orl-info@gaia.de, Telefon: 07 11 608396
- // **Realisation:**  meinhardt www.meinhardt.info
- // **Stand:** März 2013
- // **Copyright der Bilder:** Dominik Thomas Butzmann: Titel, S.7; Annette Rausch: S.3; Horst Rude: S.4; Gerhard Mester: S.5, 14 und 15; Marcito – Fotolia: S.6; picture alliance/AP Images: S.9 und 24; <http://ahecwebdds.carlisle.army.mil>, 1960: S.11; picture alliance/dpa: S.14 und 20; picture alliance/akg-images: S.21; »Nel« Ioan Cozacu: S.21; TAZ vom 5.12.2012: S.22; DPRG e.V./Eventbildservice/Fredrik von Erichsen: S.26; Wolfgang Buff: S.29
- // **Druck:** Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

»Seit über drei Jahrzehnten verfolge ich das friedenspolitische Engagement in Deutschland, und zu keiner Zeit habe ich einen so großen Zusammenschluss erlebt, der sich gegen den Waffenhandel stark gemacht hat. Auf bemerkenswerte Weise vereint die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« zivilgesellschaftliche Akteure aus ganz verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit: Organisationen aus der Friedensbewegung, entwicklungspolitische Gruppen, globalisierungskritische Initiativen, kirchliche und weltliche Akteure, Umwelt- und Ärzteorganisationen, Kinderrechtsorganisationen etc. Akteure, die vieles verbindet, die aber in der Vergangenheit nicht immer mit einer Stimme gesprochen haben. Es ist das große Verdienst der »Aktion Aufschrei«, die von vielen empfundene Empörung über den Waffenhandel in etwas verwandelt zu haben, das eigentlich schon gar nicht mehr nur als »Druck aus der Zivilgesellschaft« bezeichnet werden kann, sondern bereits alle Voraussetzungen hat, zu einer wirkungsvollen »Gegenmacht« zu werden.

Gegenmacht ist notwendig, weil die Verhältnisse, die für den Tod so vieler Menschen verantwortlich sind, nicht einfach vom Himmel gefallen sind. Sie sind das Resultat mächtiger Interessen; Interessen, die sich auch in den Argumenten spiegeln, die immer wieder vorgetragen werden, um Waffenexporte zu rechtfertigen: Waffen seien Instrumente der Friedenssicherung, Waffenexporte sicherten Arbeitsplätze, wenn wir nicht liefern, würden es die anderen tun ... Argumente, die meist im Gestus eines pragmatischen Realismus vorgetragen werden und jede Kritik ins Reich der Utopie und Illusion verbannen.

Es ist das Elend dieses Rechtfertigungsdiskurses, das sich die »Aktion Aufschrei« vorgenommen hat. Mit vielfältigen öffentlichen Aktionen, mit bewundernswerter Kreativität und Beharrlichkeit drängt sie auf Klarstellung und die Einsicht, dass Waffen eben nicht x-beliebige Güter sind, sondern wesentliche Voraussetzung für die Fortdauer der mörderischen Gewaltverhältnisse, denen immer mehr Menschen ausgeliefert sind.



Bomben über dem Reichstag: Am 26. Februar 2012 demonstrierte die Aktion Aufschrei mit dieser Aktion in Berlin gegen die deutsche Rüstungsexportpolitik

Zu welch grotesken Entwicklungen das Ausblenden der Folgen von Waffenexporten führen kann, ist mitunter in Gesprächen mit den Produzenten zu erfahren. Dann, wenn sie stolz auf steigende Umsätze verweisen und im gleichen Atemzug erzählen, wie die eigenen Kinder im Geiste eines friedliebenden Zusammenlebens aufwachsen und im Kinderzimmer selbstverständlich statt Spielzeugwaffen nur pädagogisch wertvolles Holzspielzeug liegt.

Es gehört zu den Stärken der »Aktion Aufschrei«, dass sie solche Ignoranz mit der Wirklichkeit konfrontiert, ihr sozusagen die Opferperspektive entgegenhält und auf diese Weise deutlich macht, dass Waffenexporte eben keine lässliche Bagatelle sind. Nein, wenn wir von Waffenexporten sprechen, dann sprechen wir nicht von einem lukrativen Geschäftsmodell, nicht von Frieden, sondern von Beihilfe zu Verbrechen und Krieg. Dass wir dem Druck der Rüstungslobby heute im politischen Berlin etwas entgegenhalten können, verdanken wir der »Aktion Aufschrei«. Das, was die Kampagne bislang erreichen konnte, macht Mut. Es zeigt, dass Veränderung möglich ist, selbst wenn dazu ein langer Atem notwendig sein wird.

Denn machen wir uns nichts vor: Waffenexporte sind Teil eines Systems, das als solches zum Problem für uns alle geworden ist. Solange das Geld der Geist aller Dinge ist, solange die Rechte der Menschen nichts wert sind, wenn die Rendite gefährdet ist, solange es nicht demokratisch zugeht, so lange wird auch der Waffenhandel nicht zu stoppen sein. Aber ginge es demokratisch zu und stünden die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund, würden auch Krankenhäuser nicht mehr privatisiert, gäbe es wieder genügend Geld für Bildung, würde die Schere zwischen Arm und Reich wieder zugehen und müssten nicht so viele Mittel eingesetzt werden, um die soziale Spaltung wehrhaft abzusichern.

An dieser Stelle greift der Vorwurf, ein Stopp von Waffenexporten sei utopisch, nicht. Nicht die Idee einer anderen Welt ist dumm, sondern das, was uns mitunter unter der Flagge des Realismus zugemutet wird. Ein Realismus, der einigen wenigen ein waffengeschütztes Paradies bringt und allen anderen die Hölle. Niemand, der sich heute gegen Waffenexporte engagiert, hat die Idylle einer absolut konfliktfreien Welt vor Augen. Darum geht es nicht! Wohl aber um eine Welt, in der Konflikte auf andere als auf mörderische Weise ausgetragen werden können.«

Thomas Gebauer

Auszüge aus der Laudatio von Thomas Gebauer anlässlich der Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises 2012 an »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Thomas Gebauer ist Geschäftsführer der 1968 gegründeten Hilfsorganisation medico international. In den Anfangsjahren setzte sie sich überwiegend für die Linderung akuter Not ein. Dann stritt medico international für ein Verbot von Landminen, wofür die Organisation im Jahr 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.



Bereits anderthalb Jahre nach ihrem Start wurde der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« am 22. November 2012 der renommierte Stuttgarter Friedenspreis zuerkannt

// Internationaler Rüstungsmarkt

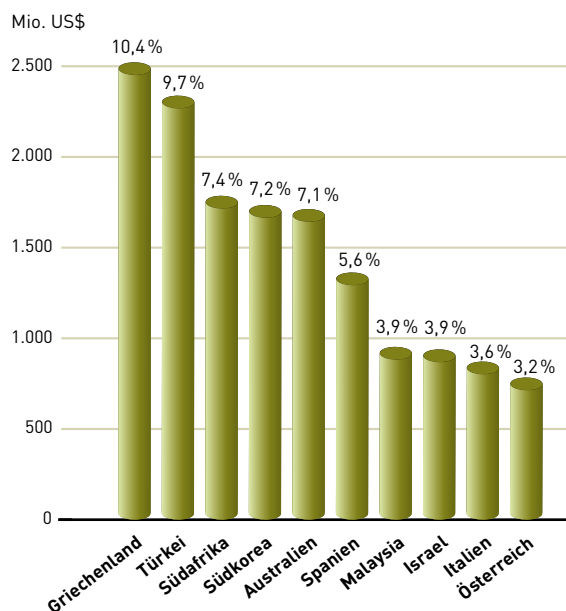
Deutschland: drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt

Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland. Bereits seit mehreren Jahren ist die Bundesrepublik Deutschland hinter den USA und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Auch bei den sogenannten Kleinwaffen, den Massenmord- und Verstümmelungsinstrumenten unserer Zeit, ist die Bundesrepublik seit langem einer der weltweit größten Waffenlieferanten. Vor allem dank der Gewehre und Pistolen von Heckler & Koch, die legal und illegal an zahlreiche Diktaturen und in Konfliktregionen geliefert werden. Allein mit diesen Gewehren und Pistolen aus der Waffenschmiede in Oberndorf wurden seit Ende des Zweiten Weltkrieges nach Schätzung von Fachleuten weit mehr als eine Million Menschen getötet.



Auch bei Panzern, Kriegsschiffen, U-Booten und anderem schwerem Kriegsgerät gehören deutsche Konzerne wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, EADS oder die Kieler HDW-Werft heute zur internationalen Spitzengruppe der Produzenten und Exporteure. Hauptempfänger dieser schweren Waffen, deren Ausfuhr von der Bundesregierung genehmigt werden muss, waren in den letzten Jahren vor allem Staaten in der konfliktreichen Region des Nahen und Mittleren Ostens und Südasiens: die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Ägypten, Israel, Algerien, Irak, Pakistan, Indien, Südkorea, Malaysia und Singapur. Darüber hinaus werden aus Deutschland ganze Rüstungsfabriken exportiert und Lizenzen zur Produktion von deutschen Waffen im Ausland verkauft. Unter den NATO- und EU-Staaten waren in den letzten Jahren neben der Türkei ausgerechnet die hoch ver-

Die 10 größten Empfänger deutscher Waffen 2000 bis 2012



Quelle: SIPRI 2013

schuldeten Staaten Portugal und Griechenland besonders lukrative Märkte für die deutsche Rüstungsindustrie. Im Jahr 2010 rangierte Portugal aufgrund von U-Boot-Lieferungen aus Deutschland auf Platz 1 der Empfängerländer deutscher Kriegswaffen. Noch Ende 2011 drängten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy die griechische Regierung zu Aufträgen an die deutsche und die französische Rüstungsindustrie als Gegenleistung für Finanzhilfen der EU.

Im Herbst 2011 genehmigte der Bundessicherheitsrat die Lieferung von Fregatten, Militärfahrzeugen, Grenzsicherungsanlagen und eine Lizenz zum Bau des Transportpanzers Fuchs im Volumen von 10 Milliarden Euro an Algerien.

Die Interessen

Seit Anfang der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts bis zum Ende des Kalten Krieges 1989 galten neben der Unterstützung prowestlicher Regierungen insbesondere die Gewinninteressen der Rüstungsunternehmen als wesentliches Motiv für den Export von Waffen und Munition aus Deutschland.

Export deutscher Waffensysteme 2008 bis 2012

Waffensysteme	in Millionen US\$	in %
Kriegsschiffe	3.350	33,8
Panzer und gepanzerte Fahrzeuge	3.096	31,2
Kampfflugzeuge und -hubschrauber	1.207	12,2
Triebwerke, Motoren	875	8,8
Raketen	701	7,1
Artillerie	267	2,7
Luftabwehr	240	2,4
Sensor-Systeme	180	1,8
Andere Systeme	3	0,0
Total	9.919	100,0

Quelle: SIPRI 2013

Im Zuge der sogenannten Normalisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich das Motivbündel für deutsche Waffenexporte deutlich erweitert. Seitdem stehen hinter den Rüstungsexporten vermehrt auch politische und strategische Interessen der Bundesregierung:

- // Rüstungsexporte gehen an Staaten (z. B. im Nahen und Mittleren Osten), die die deutschen Interessen am Zugang zu strategischen Rohstoffen und an der Offenhaltung freier Handelswege unterstützen.
- // Militärisch gestärkt werden sollen Nachbarstaaten und regionale Konkurrenten solcher Länder, von denen angeblich eine Bedrohung für die Nachbarn und/oder für Deutschland ausgeht. Beispiele dieser Art von Stabilitätspolitik sind die von der Bundesregierung geplante Lieferung von bis zu 800 Leopard-II-Panzern sowie von 50 bis 100 Patrouillenbooten an Saudi-Arabien oder der Export von U-Booten, die mit Atomwaffen ausgerüstet werden können, an Israel. In beiden Fällen dient zur Rechtfertigung dieser Kriegswaffenexporte die »iranische Bedrohung«.
- // Rüstungsexporte dienen zur »Stärkung von Verbündeten« innerhalb und außerhalb der NATO. Das geschieht insbesondere auch mit Blick auf Länder wie Australien, Neuseeland, Japan oder Südkorea, die zumindest aus Sicht der USA Partner in einer global agierenden NATO werden sollen.
- // Rüstungsexporte sollen als Türöffner fungieren, denen dann – so das Kalkül – zivile Aufträge aus dem Empfängerland an die deutsche Wirtschaft nachfolgen sollen.

// Mit Rüstungsexporten soll politischer Einfluss auf Regierungen und Militärs anderer Staaten gewonnen werden.

// Und nicht zuletzt werden Rüstungsexporte angesichts der schrumpfenden Beschaffungsaufträge für die Bundeswehr immer wichtiger, um eine eigenständige, auch von den Partnerstaaten in NATO und EU möglichst unabhängige und international wettbewerbsfähige deutsche Rüstungsindustrie zu erhalten. In diesem Punkt sind sich zumindest CDU /CSU, FDP und SPD einig. Deshalb wird über die Option, die Rüstungsproduktionskapazitäten in Deutschland zurückzufahren und für die Bundeswehr benötigte Waffen und Munition künftig innerhalb der EU zu produzieren oder bei EU- und NATO-Partnern einzukaufen, öffentlich nicht diskutiert.

Angesichts dieser Interessenlage sind die im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung verabschiedeten und von allen nachfolgenden Regierungen offiziell übernommenen »Politischen Grundsätze zum Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern«, in denen Frieden, Stabilität und Menschenrechte als Kriterien für die Entscheidung über Rüstungsexporte benannt wurden, nur noch Makulatur.

Ausschlaggebend für die Rüstungsexportpolitik ist vielmehr – wie im schwarz-gelben Koalitionsvertrag von 2009 vereinbart –, das »außen- und sicherheitspolitische Interesse Deutschlands«. Und zu diesem Interesse gehört erklärtermaßen auch die Präsenz einer »leistungsfähigen deutschen Rüstungsindustrie auf den Weltmärkten«.



Der Einfluss der Rüstungslobby

Da die Beschaffungsaufträge für die Bundeswehr zurückgehen, drängt die Rüstungsindustrie derzeit massiv auf eine weitere Steigerung der Exporte. Nur so, argumentiert sie, ließen sich die Kapazitäten auslasten und die Existenz einer wettbewerbsfähigen nationalen Rüstungsindustrie gewährleisten. Die Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel kommt diesem Drängen offensichtlich nach. Bereits in der Koalitionsvereinbarung von 2009 vereinbarte sie »die Streichung von Vorschriften im Außenwirtschaftsrecht und in der Außenwirtschaftsverordnung, die deutsche Exporteure gegenüber ihren europäischen Konkurrenten benachteiligen«. Bei der Anwendung des Außenwirtschaftsrechts müsse »der internationalen Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft mehr als bisher Rechnung getragen werden«. Innerhalb der EU und der NATO bemüht sich die Regierung aktiv um eine weitere Deregulierung und Schwächung bestehender Richtlinien und Verhaltenskodexe zum Rüstungsexport.

Damit aber nicht genug: Bei internationalen Konferenzen über Rüstungskontrolle und Abrüstung bemüht sich die Bundesregierung, die Interessen deutscher Hersteller an fortgesetzten Exportgeschäften zu sichern. Ausgerechnet bei den Verhandlungen zum Verbot von Streumunition sowie von Minen – also jenen Waffen, die auch in Nachkriegssituationen noch fürchterliche Folgen für die Zivilbevölkerung haben – setzte die Bundesregierung im Interesse der deutschen Rüstungsindustrie Ausnahmeregeln und die Verwässerung von Bestimmungen durch. So kann etwa der Nürnberger Rüstungskonzern Diehl auch künftig Streumunition produzieren und weltweit exportieren: Seine jüngste, für die Zivilbevölkerung angeblich ungefährliche Streubombenentwicklung vom Typ Smart 155 fällt – dank der Bemühungen der Bundesregierung – mit ihren technischen Spezifikationen nicht unter die Streumunitionsdefinition des internationalen Verbotsabkommens.

Bei keiner anderen Ausfuhr von Gütern ist die Transparenz so mangelhaft wie beim Rüstungsexport. Die Entscheidungen fallen auf der Exekutivebene, im geheim tagenden »Bundessicherheitsrat«. Eine parlamentarische Kontrolle oder gar Mitbestimmung findet faktisch nicht statt. Die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung sind in vielerlei Hinsicht mangelhaft und wurden dem Bundestag bislang mit Verspätungen von oft über einem Jahr vorgelegt.



Entknotete Pistole vor dem Kanzleramt: Für ihre »Verdienst« als 3. größter Waffenlieferant der Welt wurde der Bundesregierung am 26. Februar 2013 von der Kampagne gegen Rüstungsexport die Skulptur »Unsere Waffen töten« verliehen

Bei den Ende Juli 2012 gescheiterten UNO-Verhandlungen um einen Waffenhandelsvertrag (ATT) gehörte Deutschland zu den Ländern, die sich gegen effektive Mechanismen zur Überwachung eines Abkommens sperrten.

Gesetzeslücke in Deutschland

Über den Export deutscher Waffen und Munition, die in vielen Teilen der Erde Tod und Leid verursachen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Empfängerländer behindern, wird bereits seit Ende der 1960er Jahre kontrovers diskutiert. Alle Erfahrungen seitdem zeigen, dass die bestehenden nationalen und internationalen Gesetze und Bestimmungen, Grundsätze, Richtlinien oder Verhaltenskodexe völlig unzureichend sind. Sie konnten den stetigen Anstieg der Rüstungsexporte nicht verhindern und bewirkten auch keine Beschränkung der Exporte auf vermeintlich unproblematische Empfängerländer.

Angesichts dieser Erfahrungen fordert die Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« ein grundgesetzliches Verbot des Waffenhandels. Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes soll um den Satz ergänzt werden: »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert.«

Der globale Rüstungsmarkt boomt

Hehre Abrüstungsrhetorik hier, handfeste Aufrüstungspolitik dort. In keinem anderen Politikbereich sind die Widersprüche und der Zynismus so groß wie bei der Produktion und Beschaffung, dem Export und der Kontrolle von Kriegsgerät. Im Juli 2012 scheiterten in New York die UNO-Verhandlungen über ein erstes Abkommen zur globalen Kontrolle von Kleinwaffen nicht nur am Widerstand der USA und anderer nördlicher Industriestaaten, sondern auch am mangelnden Willen gewichtiger Länder des Südens. Trotz Weltwirtschaftskrise boomen fast überall die Geschäfte der Waffenindustrie mit Kleinwaffen wie auch mit Panzern und Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen und anderem schwerem Kriegsgerät. Das zeigt das »Rüstungsjahrbuch 2012« des renommierten internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI). Die seit 2008 herrschende Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Umsatz- und Gewinnerwartungen der Rüstungsunternehmen zwar etwas geschmälert.

Doch weiterhin ist der Handel mit Kriegsgütern eine lukrative Wachstumsbranche. Der Umsatz der 100 weltgrößten Rüstungskonzerne lag 2011, dem letzten Jahr, für das ein Gesamtüberblick vorliegt (Quelle: SIPRI), bei 410 Milliarden US-Dollar. Insgesamt verbuchten die 100 Konzerne in den ersten neun Jahren nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 eine Umsatzsteigerung um 60 Prozent.

Die größten Rüstungskonzerne

Dominiert wurde der Waffenhandel 2010/2011 von Konzernen aus den USA und Westeuropa. China wurde allerdings in der Top-100-Liste von SIPRI nicht berücksichtigt, da es an den notwendigen Daten mangelte. Gleiches gilt auch für die Ukraine, Kasachstan und einige andere Länder. Insbesondere einige chinesische Firmen hätten sich ansonsten sicher für die TOP-100-Liste qualifiziert. Dennoch würde sich dadurch das riesige Übergewicht US-amerikanischer und westeuropäischer Rüstungskonzerne nicht wesentlich reduzieren.

Die weltweit größten Rüstungsunternehmen 2011

Unternehmen	Land	Rüstungsumsätze in Millionen US\$	Anteil des Rüstungsumsatzes am Gesamtumsatz in %
1. Lockheed Martin	USA	36.270	78
2. Boeing	USA	31.830	46
3. BAE Systems	UK	29.150	95
4. General Dynamics	USA	23.760	73
5. Raytheon	USA	22.470	90
6. Northrop Grumman	USA	21.390	81
7. EADS	Deutschland/Frankreich	16.390	24
8. Finmeccanica	Italien	14.560	60
BAE Systems Inc., Tochterunternehmen: BAE Systems, UK	USA	13.560	94
9. L-3 Communications	USA	12.520	83
10. United Technologies	USA	11.640	20
32. Rheinmetall	Deutschland	2.980	48
49. ThyssenKrupp	Deutschland	2.080	3
54. Krauss-Maffei Wegmann	Deutschland	1.740	96
60. Diehl	Deutschland	1.380	34

Quelle: SIPRI 2012



Rüstungsmesse in Bogota, der Hauptstadt des Bürgerkriegslandes Kolumbien im Oktober 2012. Ein Militär diskutiert mit einem Waffenverkäufer über die »Vorteile« des angebotenen Raketenwerfers.

44 der 100 Unternehmen auf der SIPRI-Liste sind in den USA angesiedelt und 30 in Westeuropa. Gemeinsam entfallen 2011 auf sie 89 Prozent aller Einnahmen aus Waffenverkäufen. Acht der weltweit größten Waffenfabriken haben ihren Sitz in Russland.

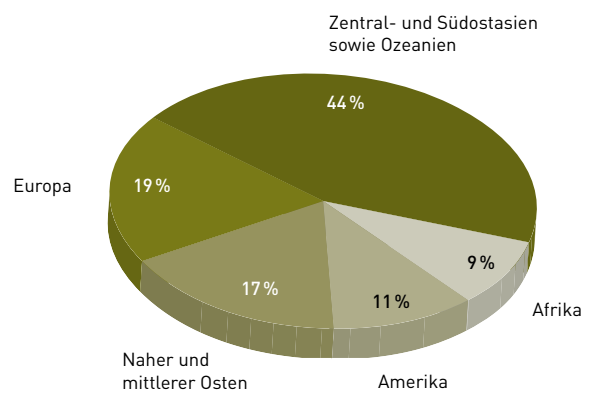
Insgesamt die größten Rüstungsumsätze (Angaben jeweils in Milliarden US-Dollar) erzielten 2011 die US-Unternehmen Lockheed Martin (36,3 Mrd.) und Boeing (31,8 Mrd.), gefolgt vom britischen Konzern BAE Systems (29,2 Mrd.). Das europäische Gemeinschaftsunternehmen EADS – Europas zweitgrößter Rüstungskonzern – landete mit Waffenverkäufen im Wert von 16,4 Milliarden US-Dollar auf Rang sieben der Welt-rangliste. Den Löwenanteil des Geschäfts mit Waffen und Rüstungsgütern machen mit über 55 Prozent Anteil die zehn größten Konzerne unter sich aus.

Der größte Rüstungsmarkt: Asien

Den größten Anteil am internationalen Geschäft mit Großwaffensystemen haben im Zeitraum 2008 bis 2012 weiterhin die USA mit 30 Prozent vor Russland (26%), Deutschland (7%), Frankreich (6%), China (5%) und Großbritannien (4%).

Gegenüber dem vorangegangenen 5-Jahres-Zeitraum (2003 bis 2007) gingen die deutschen Waffenexporte leicht zurück, während der Weltwaffenhandel insgesamt anwuchs. Dadurch sank der deutsche Weltmarktanteil laut SIPRI von 11 Prozent (2003 bis 2007) auf jetzt 7 Prozent (2008 bis 2012). Doch diese Zahlen zeigen leider noch keine Trendwende an: Denn SIPRI erfasst nur Großwaffensysteme. Deutschland ist aber traditionell im Bereich von Kleinwaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie dem Export ganzer Rüstungsfabriken besonders »erfolgreich«. Zudem sind die teils riesigen Rüstungsdeals mit Ländern im Nahen Osten (z. B. Saudi-Arabien und Katar) oder Nord-Afrika (z. B. Algerien) hier noch nicht erfasst, da diese Waffen erst in den nächsten Jahren ausgeliefert werden sollen.

Anteile der Regionen am Waffenhandel in den Jahren 2007 bis 2011

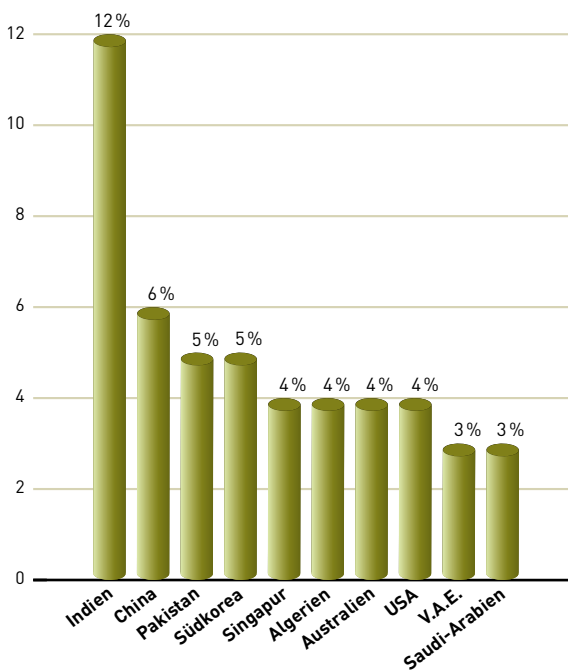


Quelle: SIPRI 2012

Am stärksten boomt der Waffenexport nach Asien. In dieser Weltregion wurden im SIPRI-Untersuchungszeitraum 2007 bis 2011 über 44 Prozent des globalen Waffenhandels abgewickelt. Auch die fünf Staaten mit den höchsten Anteilen an den weltweiten Waffenimporten liegen (2008 bis 2012) in Asien: Indien mit 12 Prozent gefolgt von China (6%), Südkorea und Pakistan (jeweils 5%) sowie Singapur (4%). In Indien legte zugleich auch die heimische Waffenproduktion gegenüber dem Vorjahr deutlich zu. Hauptbedrohung aus Sicht von Regierung und Militärs in Neu-Delhi ist China, das 2011 den im weltweiten Vergleich größten Zuwachs beim Militärbudget aufwies. Die Bewaffnung der chinesischen Streitkräfte wird zum größten Teil von der heimischen Industrie produziert.

Anteile der 10 weltweit größten Waffenimporteure am Gesamtumsatz des Waffenimports 2008 bis 2012

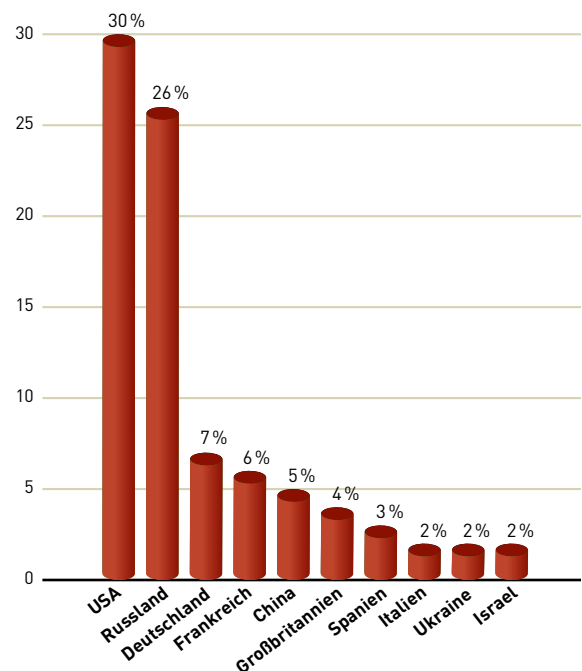
Anteile in Prozent



Weit abgeschlagen hinter Asien folgen (2007 bis 2011) Europa mit 19 Prozent Anteil am weltweiten Waffenimport, der Nahe Osten (17%), Nord- und Südamerika (11%) und Afrika (9%). Im Nahen Osten wurden laut SIPRI im Jahr 2011 aus dem Ausland importierte Waffen von den Regimen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Bahrain und Syrien zur Unterdrückung der Opposition eingesetzt. Die Waffen, die – aus welchen Quellen und über welche illegalen Kanäle auch immer – inzwischen an die »Freie Syrische Armee« und andere Oppositionskräfte geliefert werden, können von SIPRI nicht erfasst werden.

Anteile der 10 weltweit größten Waffenexporteure am Gesamtumsatz des Waffenexports 2008 bis 2012

Anteile in Prozent



Quelle: SIPRI 2013

Manche Fragen zum Rüstungsexport werden in Diskussionen und bei Veranstaltungen immer wieder gestellt. Auf einige davon geben die nachfolgenden Kapitel Antworten.



»Wer noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.« Franz Josef Strauß (1915–1988), Bundesminister der Verteidigung (1956–1962)

Deutschland braucht ein Rüstungsexport(verbots)-Gesetz

Die Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« hat es sich zum Ziel gesetzt, den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern politisch, ethisch und juristisch zu delegitimieren. Die Strategie der Kampagne ist es, den Opfern Stimme und den Tätern Name und Gesicht zu geben. Politisch bedarf es verschiedener Maßnahmen, um einen Stopp des Waffenhandels zu erreichen. Als wichtigen Schritt empfiehlt die Kampagne die Festschreibung des Rüstungsexportverbots im Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Mit dieser Forderung will die Kampagne die öffentliche Debatte über die derzeitige Gesetzeslage und Genehmigungspraxis der Bundesregierung anregen, da diese aus unserer Sicht dem Friedensgebot des Grundgesetzes widerspricht. Auf dem Weg zu einem vollständigen Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern fordern wir ein Rüstungsexportgesetz mit einem ausschließlichen Genehmigungsvorbehalt. Ein grundsätzliches Verbot bedeutet, dass in jedem Einzelfall der Export von Kriegswaffen, sonstigen Rüstungsgütern, Dual-Use-Gütern und Komponenten eine ausdrückliche Genehmigung erforderlich macht.

Die Kampagne will 262.000 Unterschriften sammeln. Was steckt dahinter und worum geht es bei der Klarstellung in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes (GG)?

Eine »Klarstellung« erscheint dringend nötig. Die bisherige Formulierung des Artikels 26 (2) und insbesondere die Umsetzung durch das exportfreundliche Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und seine Interpretation haben faktisch dazu geführt, dass das Friedensgebot des Grundgesetzes sowie die eindeutige historische Bedeutung des gesamten Artikels 26 GG unterlaufen werden. Die ab den 1960er Jahren beabsichtigte restriktive Exportpolitik wurde unter der Hand weitgehend ausgehebelt. Mit der Umformulierung des Artikels 26 (2) soll diese Fehlentwicklung wieder korrigiert werden.

Die Zahl 262.000, die an Unterschriften gesammelt werden soll, ist symbolisch von Artikel 26 (2) abgeleitet.

Konkret schlagen wir folgende Neufassung des Artikels 26 (2) GG vor:

»Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.«

Der erste Satz des Artikels 26 Abs. 2 GG bleibt bestehen, jedoch wird der sich daran anschließende Satz »Das Nähere regelt ein Bundesgesetz« dahin gehend **klargestellt**, dass es sich dabei nur um das Kriegswaffenkontrollgesetz handelt. Der damalige Verteidigungsminister Strauß war die Triebfeder dafür, dass 1961 ein Systembruch stattfand, indem aus dem Wort **»ein«** Bundesgesetz de facto zwei Gesetze gemacht wurden. Für die Produktion und den Transport von Kriegswaffen und Rüstungsgütern **innerhalb** Deutschlands wurde das strenge **Kriegswaffenkontrollgesetz** erlassen und für den **Export** der gleichen Güter das eher laxe und dem freien Welthandel dienende **Außenwirtschaftsgesetz**. Letzteres würde durch diese »Klarstellung« des GG Art. 26 (2) seine Zuständigkeit für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern verlieren.

Artikel 26 Abs. 2 GG steht im Kontext des allgemeinen Friedensgebotes der Präambel des Grundgesetzes und der Verfassungswidrigkeit von friedensstörenden Handlungen wie sie in Artikel 26 Abs.1 GG beschrieben ist. An die heutige Dimension von Waffen- und Rüstungsexporten aus Deutschland haben die Verfasser des Grundgesetzes 1949 nicht gedacht, weil dies kurz nach dem Krieg von niemandem gewollt war. Damit ist die Klarstellungsforderung **»Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert«** nur das, was 1949 mit Artikel 26 des Grundgesetzes bereits intendiert war.

Die Formulierung »grundsätzlich« bedeutet »im Grundsatz«, von dem es allerdings nur per Gesetz und nicht wie bisher oft nach politischer oder wirtschaftlicher Opportunität begründete und transparente Ausnahmen geben kann. Somit würde eine solche Grundgesetzänderung massive Einschränkungen der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zur Folge haben, jedoch kein vollständiges Verbot. Für diesen Formulierungsvorschlag sind vor allem rechtliche Gründe ausschlaggebend.

Das Wort **»grundsätzlich«** und der angeschlossene Satz **»Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz«** sind – so die Intension der Initiatoren der Kampagne – hauptsächlich dem Umstand geschuldet, dass durch höherrangiges EU-Recht bestimmte rüstungsrelevante Lieferungen innerhalb der EU nicht mehr durch nationales Recht beschränkbar sind. Nur diese und wenige andere Ausnahmen des Exportverbotes müssen durch den Gesetzgeber neu in einem Rüstungsexportgesetz geregelt werden.

Mit der Grundgesetzklarstellung will die Kampagne zudem die Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion des Bundestages in diesem zentralen Punkt der deutschen Außen- und Friedenspolitik wieder ins Spiel bringen.

AKTION AUFSCREI Stoppt den Waffenhandel!

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen selbst Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

Mit Rüstungstransfers werden in den Empfängerländern häufig bestehende Konflikte verstärkt – finanzielle Mittel für Bildung und Armutsbekämpfung fehlen. Unzählige Menschen werden getötet, verwundet oder traumatisiert.

Wir wollen die Geschäfte mit dem Tod beenden und den Waffenexport stoppen. Deshalb fordern wir folgende Klarstellung von Artikel 26, Abs. 2 des Grundgesetzes:

»Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.«

Ja, ich unterstütze den Vorschlag der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« zur Klarstellung von Artikel 26, Abs. 2 des Grundgesetzes.

1 Name, Vorname _____ Straße _____

PLZ, Wohnort _____ Unterschrift _____

2 Name, Vorname _____ Straße _____

Ja, informieren Sie mich über die Aktion Aufschrei

Die Bundesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden sollen in ihrer unkontrollierten Genehmigungsbefugnis erheblich zurückgedrängt und an die Vorgaben der Verfassung mit einem grundsätzlichen Verbot gebunden werden.

Ist die Forderung nach Klarstellung des GG Artikel 26 (2) in absehbarer Zeit überhaupt durchsetzbar?

Formal handelt es sich hierbei um eine Grundgesetzänderung für die eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nötig ist. Dies ist natürlich eine hohe Hürde. Allerdings, das zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, bedarf es in diesem Politikbereich sowie so der Verständigung zwischen den politischen Lagern, damit eine nachhaltige Politikveränderung eintreten kann. Da es sich bei unserem Formulierungsvorschlag um eine Klarstellung handelt, die leicht nachvollziehbar dem eigentlichen Anliegen der Mütter und Väter des Grundgesetzes entspricht, halten wir die Umsetzung dieser Forderung für möglich.

Schon heute sorgt die Unterschriftenaktion für diese Forderung zu intensiven Debatten – auch in den Fraktionen des Deutschen Bundestages. So haben mittlerweile verschiedene Fraktionen Vorschläge zur gesetzlichen Verschärfung der deutschen Rüstungsexportpolitik formuliert.

Müsste die Aktion Aufschrei nicht eine EU-weite Kampagne starten, um bei der engen europäischen Verflechtung überhaupt etwas erreichen zu können?

Nein. Noch ist die europäische Verflechtung keineswegs so eng, wie Politiker in den Mitgliedsstaaten der EU oft behaupten, um ihre eigene Verantwortung zu vernebeln. Alle relevanten Entscheidungen fallen immer noch auf Ebene der nationalen Regierungen und Parlamente. Das gilt auch für die militärische Luftfahrt, bei der die europäische Kooperation der Rüstungskonzerne relativ am weitesten entwickelt ist. Und selbst wo Entscheidungen inzwischen auf EU-Ebene in Brüssel getroffen werden, geht diesen Entscheidungen ja immer eine nationale Willensbildung in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten voraus. Wenn die Kampagne der Aktion Aufschrei in dem EU-Land mit den umfangreichsten Rüstungsexporten erfolgreich sein sollte, würde das die Voraussetzungen für eine EU-weite Kampagne erheblich verbessern.

Aktuelle Gesetze, Richtlinien, Verfahren und die Datenlage

Welche Gesetze sind für die Genehmigung von Rüstungsexporten relevant? Wie läuft der Genehmigungsprozess ab, und wer entscheidet, ob ein Rüstungsexportgeschäft genehmigt wird?

Grundlage für die Kontrolle von Rüstungsexporten aus Deutschland sind die Absätze 1 und 2 von Artikel 26 Grundgesetz: »(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.«

Tatsächlich regeln aber zwei Gesetze den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern: das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG). Als Ausführungsbestimmung des AWG dient die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) samt dazugehörigen Ausfuhrlisten (AL). Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern (Güter, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können) ist neben dem AWG und der AWV die Dual-Use-Verordnung der EU. Darüber hinaus regelt die Verteidigungsgüterrichtlinie der EU, die in deutsches Recht umgesetzt wurde, die Verbringung von Rüstungsgütern innerhalb der EU ohne spezielle Genehmigungen.

Der Export von Kriegswaffen muss vom Hersteller bei der Bundesregierung beantragt und vom federführenden Wirtschaftsministerium beziehungsweise bei Großwaffensystemen oder besonders brisanten Kriegswaffenexportvorhaben vom Bundessicherheitsrat genehmigt werden. Bei der Ausfuhr von sonstigen Rüstungsprodukten oder von Dual-Use-Gütern prüft das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), ob sie jeweils genehmigungspflichtig sind. Genehmigungspflichtig ist die Ausfuhr immer dann, wenn das Rüstungs-/Dual-Use-Gut in einer europäischen oder nationalen Güterliste genannt («gelistet») ist. Rechtskraft haben in Deutschland zudem Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates und EU-Verordnungen zur Umsetzung von Rüstungssanktionen gegen bestimmte Länder (wie zum Beispiel derzeit gegen Iran).



Einer der wichtigsten Orte für die Genehmigung von Rüstungsexporten: das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn bei Frankfurt am Main

Wie ist definiert, was Kriegswaffen, sonstige Rüstungsgüter und Dual-Use-Produkte etc. sind?

Kriegswaffen sind laut Grundgesetz Artikel 26 (2) »zur Kriegsführung bestimmte Waffen«. Das 1961 in Ausführung dieses Artikels vom Bundestag beschlossene Kriegswaffenkontrollgesetz enthält keine genauere gesetzliche Definition, sondern definiert »eine Kriegswaffe« über eine im Anhang zum KWKG angefügte Positivliste, die sogenannte Kriegswaffenliste (KWL), eine Liste sämtlicher Waffen und Waffenbestandteile. Darunter unter anderem Raketen, Kampfflugzeuge und -hubschrauber, Kriegsschiffe und U-Boote, Kampfpanzer, Kanonen, Maschinengewehre sowie die Munition für diese Waffen. Diese Liste kann per einfachem Bundestagsbeschluss verändert werden. Auch der Export von Komponenten und Produktionsanlagen für Kriegswaffen sowie die Erteilung von Lizenzen zu ihrer Herstellung im Ausland fallen unter das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Für den letztlichen Export einer Kriegswaffe bedarf es nach der KWKG-Genehmigung noch einer Genehmigung nach dem AWG, die aber bei Vorliegen einer KWKG-Genehmigung durch das Bundeswirtschaftsministerium eine reine Formsache ist.

Für den Export von sonstigen Rüstungsgütern und genehmigungspflichtigen Dual-Use-Gütern gilt Folgendes: Auf einer entsprechenden Anhangliste zum Außenwirtschaftsgesetz stehen sonstige Rüstungsgüter (unter anderem Nachtsichtgeräte, Radaranlagen, Zielerfassungsgeräte) und Dual-Use-Produkte (siehe auch www.bafa.de).

Welche Relevanz haben die »Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«?

Diese »Politischen Grundsätze« wurden im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen und von allen folgenden Bundesregierungen als Richtlinien für ihr je eigenes Handeln übernommen. Und in der Tat klingen diese Grundsätze sehr restriktiv. Sie sollen dem Ziel dienen, die »Rüstungsexportpolitik restriktiv zu gestalten« und durch »die Begrenzung und Kontrolle des Rüstungsexports einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt zu leisten«. Da sie aber nur eine Art Selbstverpflichtung sind und keine Gesetzeskraft besitzen, haben sie bisher faktisch kaum zu einer wirklich restriktiven Exportpraxis beigetragen. Sie dienen offensichtlich mehr der Außendarstellung und weniger der politischen Orientierung. Sollten diese »Politischen Grundsätze« in ein zukünftiges Rüstungsexportgesetz überführt werden, könnten sie zu einer deutlichen Beschränkung des Rüstungsexports beitragen.



Gibt es gesetzliche Regelungen und/oder Richtlinien auf EU-Ebene, die den Rüstungsexport regeln, und welche Relevanz haben sie?

Ende 2008 beschloss die EU einen für alle Mitgliedsstaaten rechtlich verbindlichen Verhaltenskodex mit acht Kriterien zum Rüstungsexport (unter anderem Einhaltung internationaler Verträge und Menschenrechtsnormen durch das Empfängerland, Risiko des Einsatzes der exportierten Rüstungsgüter in einem bewaffneten Konflikt). Der Verhaltenskodex verpflichtet die Regierungen der Mitgliedsstaaten, den Parlamenten jährlich einen Rüstungsexportbericht vorzulegen. Der EU-Kodex schließt schärfere nationale Bestimmungen in den Mitgliedsstaaten keineswegs aus. In Deutschland und einigen anderen Staaten wird der Kodex allerdings dazu benutzt, derzeit noch existierende schärfere Bestimmungen zu deregulieren, weil diese angeblich die eigene nationale Rüstungsindustrie »im innereuropäischen Wettbewerb diskriminieren und benachteiligen«. In der Zwischenzeit ist der EU-Kodex zu einem Gemeinsamen Standpunkt der EU und damit zu einem für alle Mitgliedsstaaten rechtsverbindlichen Entscheidungskriterium für die nationalen Genehmigungsverfahren aufgewertet worden.

Ebenfalls Ende 2008 verabschiedete das EU-Parlament eine Richtlinie zur »Vereinfachung« des inner-europäischen Rüstungshandels durch sogenannte »Allgemeingenehmigungen«. Jedes EU-Mitglied kann aus der Militärgüterliste der EU die Rüstungsgüter auswählen, die künftig ohne besondere Genehmigung in andere EU-Staaten exportiert werden dürfen, weil der Export mit einer Allgemeingenehmigung vorab erlaubt wurde. Diese Exporte tauchen nicht mehr in den nationalen Regierungsberichten auf. Damit wird die Möglichkeit parlamentarischer Kontrolle unterlaufen und die öffentliche Transparenz weiter geschwächt.

Was ist eigentlich der Bundessicherheitsrat?

Der 1955 geschaffene Bundessicherheitsrat (BSR) ist das höchste Kontroll- und Koordinationsgremium für die deutsche Sicherheitspolitik. Der Rat hat neun Mitglieder: neben dem/der Bundeskanzler/-in und dem/der Chef/-in des Bundeskanzleramts die Bundesminister/-innen für Auswärtiges, Verteidigung, Finanzen, Inneres, Justiz, Wirtschaft sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Sitzungstermine, Tagesordnung und Beschlüsse des Rates sind geheim. Der Rat entscheidet über Anträge deutscher Unternehmen auf Kriegswaffenexporte – soweit es sich um Großwaffensysteme handelt oder das Empfängerland als politisch brisant eingeschätzt wird.

Mit dieser Konstruktion des BSR wird faktisch jede parlamentarische oder gar öffentliche Kontrolle über einen zentralen Bereich der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik unmöglich gemacht. Dies ist für eine parlamentarische Demokratie ein mehr als problematisches Verfahren, das eher zu autoritären Staatsformen passt.

Was ist die Endverbleibsklausel, und wer kontrolliert sie?

Nach den politischen Richtlinien (Grundsätzen) der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 sollen »Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nur erteilt werden, wenn zuvor der Endverbleib dieser Güter im Empfängerland sichergestellt ist. Ein Empfängerland, das entgegen einer abgegebenen Endverbleibserklärung den Weiterexport von Kriegswaffen oder kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern genehmigt oder einen ungenehmigten derartigen Export wissentlich nicht verhindert hat oder nicht sanktioniert, wird bis zur Beseitigung dieser Umstände grundsätzlich von einer Belieferung mit weiteren Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern ausgeschlossen.« Dennoch kommen immer wieder an angeblich verlässliche Empfängerstaaten gelieferte deutsche Waffen in bewaffneten Konflikten in und zwischen Drittländern zum Einsatz. So etwa G36-Gewehre von Heckler & Koch in Libyen.

Nach Einschätzung des früheren Staatsministers im Auswärtigen Amt Gernot Erler (SPD) »sichert sich de facto niemand um die Endverbleibsklausel, und sie wird auch nirgendwo systematisch kontrolliert«. In der Praxis handelt es sich hierbei um eine reine Formalie, die nicht nur nicht kontrolliert wird, sondern die selbst bei offensichtlichem Verstoß bisher keinerlei Konsequenzen zur Folge hatte.

Was sind Hermes(ausfall)bürgschaften?

Die sogenannten Hermesbürgschaften sind eine staatliche Exportkreditversicherung, mit denen deutsche Unternehmen ihre Exporte gegen wirtschaftliche und politische Risiken im Empfängerland absichern können. Sie heißen »Hermes(ausfall)bürgschaften« nach dem Unternehmen Euler Hermes, das 1949 von der Bundesregierung mit dem Management dieser Exportfördermaßnahmen beauftragt wurde.

Bürgschaften für Rüstungsexporte 2006 bis 2012 im Wert von 9,1 Mrd. Euro in folgende Länder

Ägypten	Kolumbien
Algerien	Libyen
Bangladesch	Pakistan
Ecuador	Peru
Indien	Russland
Indonesien	Saudi-Arabien
Irak	Südkorea
Israel	Türkei
Kanada	Vereinigte Arabische Emirate

Quelle: Bundesregierung

Für Rüstungsexporte, die zu einem großen Anteil in Krisenregionen gehen, bewilligte die Bundesregierung allein zwischen 2006 und 2012 Hermesbürgschaften in Höhe von 9,1 Milliarden Euro. So wird mit Steuergeldern das geschäftliche Risiko eines nicht unwesentlichen Teils der deutschen Waffenexporte abgesichert. Kritiker/-innen sind überzeugt, dass ein Verbot solcher Bürgschaften zu einem deutlichen Rückgang der Rüstungsexporte führen würde.

Welche Daten und Informationen von welchen Quellen sind verlässlich?

Nirgendwo auf der Welt sind Rüstungsbetriebe bereit, Informationen über Produktion, Inlandsverkäufe und Exporte freiwillig offenzulegen. Regierungsamtliche Daten über Exporte gibt es nur für solche Kategorien von Rüstungsgütern, für deren Ausfuhr eine staatliche Genehmigungspflicht besteht. Die internationale Vergleichbarkeit vorhandener nationaler Daten wird erschwert, weil außer für atomare, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen bislang keine einheitlichen Definitionen existieren, weder für Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter noch und erst recht nicht für Komponenten und Dual-Use-Produkte. Unter Berücksichtigung dieser widrigen Umstände ist das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) mit seinem »Rüstungsjahrbuch« und dem seit 1950 jährlich im März vorgelegten Bericht über den internationalen Rüstungshandel die wichtigste und verlässlichste Quelle (www.sipri.org). Für die Beurteilung der Exportpolitik Deutschlands ist der »Rüstungsexportbericht«, den die »Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklung« (GKKE) seit 1997 jährlich im Dezember veröffentlicht, die beste Grundlage (www.gkke.org). Interpretationsbedürftige Daten liefert auch der jährliche »Rüstungsexportbericht« der Bundesregierung (www.bmwi.de).

Die deutsche Rüstungswirtschaft

Wie groß ist der Rüstungssektor in Deutschland, und welche wirtschaftliche Bedeutung kommt ihm zu – auch im Vergleich zu anderen relevanten Rüstungsexportnationen?

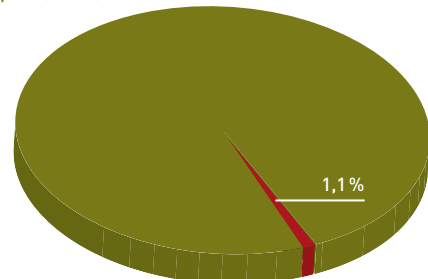
Eine seriöse, die Gesamtsituation in Deutschland erfassende Antwort auf diese Fragen ist nicht möglich. Gründe:

- // Es gibt keine allgemein verbindliche Definition des Rüstungssektors. Damit fehlt die Voraussetzung für eine präzise Datenerfassung.
- // Auch die staatlichen Behörden verfügen über keine wirklich verlässlichen Informationen oder wollen sie zumindest nicht öffentlich machen.
- // Rüstungsproduzierende Unternehmen in Deutschland halten die Angaben über Umsätze, Gewinne und Arbeitsplätze in diesem Bereich weitgehend unter Verschluss.

Somit ist man bei der Beurteilung dieses Sektors auf grobe Schätzungen der IG Metall oder auf interessen geleitete Angaben des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) angewiesen, in dem sich knapp 90 deutsche Rüstungsunternehmen organisiert haben. In einer Ende 2012 veröffentlichten Studie, in der ein sehr weiter Begriff von Rüstungs- und Sicherheitsindustrie zugrunde gelegt wird, um die eigene Bedeutung möglichst groß erscheinen zu lassen, wird der Gesamtumsatz (2011) mit 28,3 Milliarden Euro, der Gesamtexport mit knapp 12,5 Milliarden Euro und die Zahl der Beschäftigten mit 98.000 angegeben. Davon entfallen auf Nachfrage ca. 4 Milliarden Euro auf den Umsatz mit Kriegswaffen, für deren Produktion knapp 18.000 Beschäftigte tätig waren. Selbst wenn man die sehr weit gefasste Definition der erwähnten Studie zugrunde legt, ergibt sich eine vergleichsweise geringe Bedeutung des Rüstungssektors für die deutsche Volkswirtschaft. Gesamtumsatz und Exportanteil liegen jeweils bei etwas mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes und des Gesamtexports. Bei den Arbeitsplätzen sind gar nur 0,24 Prozent aller Erwerbstätigen im Rüstungssektor beschäftigt. Nimmt man die vom BDSV behaupteten indirekten Arbeitsplätze von nochmals 120.000 hinzu, dann wären immer noch erst etwas mehr als 0,5 Prozent der Erwerbstätigen direkt und indirekt im Rüstungssektor beschäftigt.

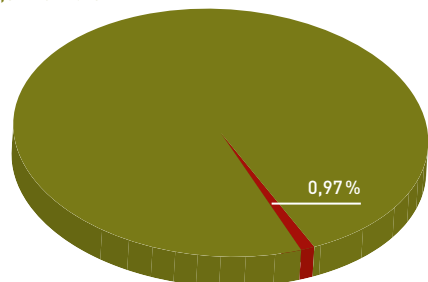
Volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie (laut BDSV)

Bruttoinlandsprodukt Deutschland 2011
2.570,0 Mrd. Euro



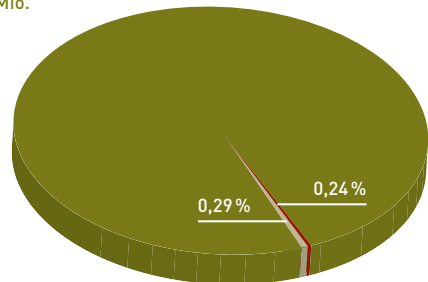
Umsatz der Rüstungsindustrie 2011
28,3 Mrd. Euro

Gesamtexport Deutschland 2011
1.288,5 Mrd. Euro



Rüstungsexport Deutschland 2011
12,5 Mrd. Euro

Erwerbstätige im 4. Quartal 2011
41,4 Mio.



indirekt im Rüstungssektor Beschäftigte	120.000
direkt in der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie Beschäftigte	98.000

Quellen: BDSV, Statistisches Bundesamt, Agentur für Arbeit

Die vom Rüstungsexport abhängigen Arbeitsplätze dürften zwischen ca. 8.000 im Bereich der Kriegswaffenproduktion und insgesamt knapp 100.000 direkt und indirekt Beschäftigten in der gesamten Rüstungs- und Sicherheitsindustrie liegen. Diesen Daten zufolge ist der Rüstungsbereich in Deutschland deutlich kleiner und für die Volkswirtschaft weniger wichtig als in den USA, Russland, China und anderen Industrie- oder Schwellenstaaten, die zu den weltweit führenden oder aufsteigenden Rüstungsexporturen gehören.

Wer sind die größten deutschen Rüstungsproduzenten und Rüstungsexportunternehmen?

Auch zu dieser Frage gibt es aus den oben genannten Gründen keine vollständigen Informationen für eine Rangfolge der Unternehmen. SIPRI führte für 2011 auf seiner nach Angaben über den Rüstungsumsatz erstellten Weltrangliste auf Platz 26 den Düsseldorfer Konzern Rheinmetall als größte deutsche Rüstungsschmiede. Mit einem Umsatz von 2,98 Milliarden US-Dollar, erzielt durch den Verkauf von Panzern, Flugabwehrsystemen und anderem Kriegsgerät. Als zweitgrößter deutscher Konzern folgt auf Platz 49 der SIPRI-Weltrangliste ThyssenKrupp mit einem Umsatz von 2,08 Milliarden US-Dollar, mit Schwerpunkt im Kriegsschiffbau. Die Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ist mit einem Umsatz von 1,74 Milliarden US-Dollar die Nummer drei in Deutschland und Platz 54 weltweit. Als letztes deutsches Unternehmen unter den TOP 100 der Weltrangliste steht der Nürnberger Diehl-Konzern mit einem Rüstungsumsatz von 1,38 Milliarden US-Dollar auf Platz 60. Weit vor diesen vier rein deutschen Unternehmen lag 2011 auf Platz sieben der SIPRI-Liste das deutsch-französische Luft- und Raumfahrtunternehmen EADS, das im Rüstungsbereich einen Umsatz von 16,39 Milliarden US-Dollar erzielte. An EADS ist von deutscher Seite neben dem Bund vor allem die Daimler AG beteiligt, die Ende des Jahres 2012 noch über einen Anteil von 6,5 Prozent an der EADS N.V. verfügte.

Wie sind die rüstungsproduzierenden Unternehmen in Deutschland strukturiert? Sind es in erster Linie Zivilgüterproduzenten mit einem kleineren Rüstungsanteil, oder handelt es sich mehrheitlich um reine Rüstungsunternehmen?

Auch diese Frage lässt sich mangels verlässlicher nationaler Daten nur bruchstückhaft und präziser nur für einige Regionen Deutschlands beantworten. Generell kann man aber sicher sagen, dass die Rüstungsindustrie in Deutschland noch überwiegend national organisiert ist und dass es sich dabei nicht um einen monolithischen Block 100-prozentiger Rüstungsunternehmen handelt. In der deutschen Rüstungsindustrie finden sich sowohl fast reine Rüstungsunternehmen wie auch zivile Konzerne mit einem vergleichsweise kleinen Rüstungsanteil. Für einige der führenden Rüstungsfirmen ist der Anteil der Rüstungsproduktion am Gesamtumsatz bekannt. Bei Rheinmetall lag dieser Anteil nach Angaben von SIPRI im Jahr 2011 bei 48 Prozent, bei ThyssenKrupp bei nur 3 Prozent, bei Krauss-

Waffenverkäufe der 5 führenden deutschen Großwaffenproduzenten 2010 und 2011

Unternehmen	Rüstungsumsätze in Millionen US\$	
	2011	2010
1. EADS (Deutschland / Frankreich)	16.390	16.360
2. Rheinmetall	2.980	2.660
3. ThyssenKrupp	2.080	1.340
4. Krauss-Maffei Wegmann	1.740	1.590
5. Diehl	1.380	1.210

Gegen den Trend auf dem Weltrüstungsmarkt konnten die fünf größten deutschen Rüstungskonzerne (einschließlich EADS) ihre Rüstungsumsätze 2011 gegenüber 2010 um ca. 6 Prozent steigern.

Quelle: SIPRI 2011

Maffei Wegmann waren es 96 Prozent und bei Diehl 34 Prozent Rüstungsumsatz am Gesamtumsatz.

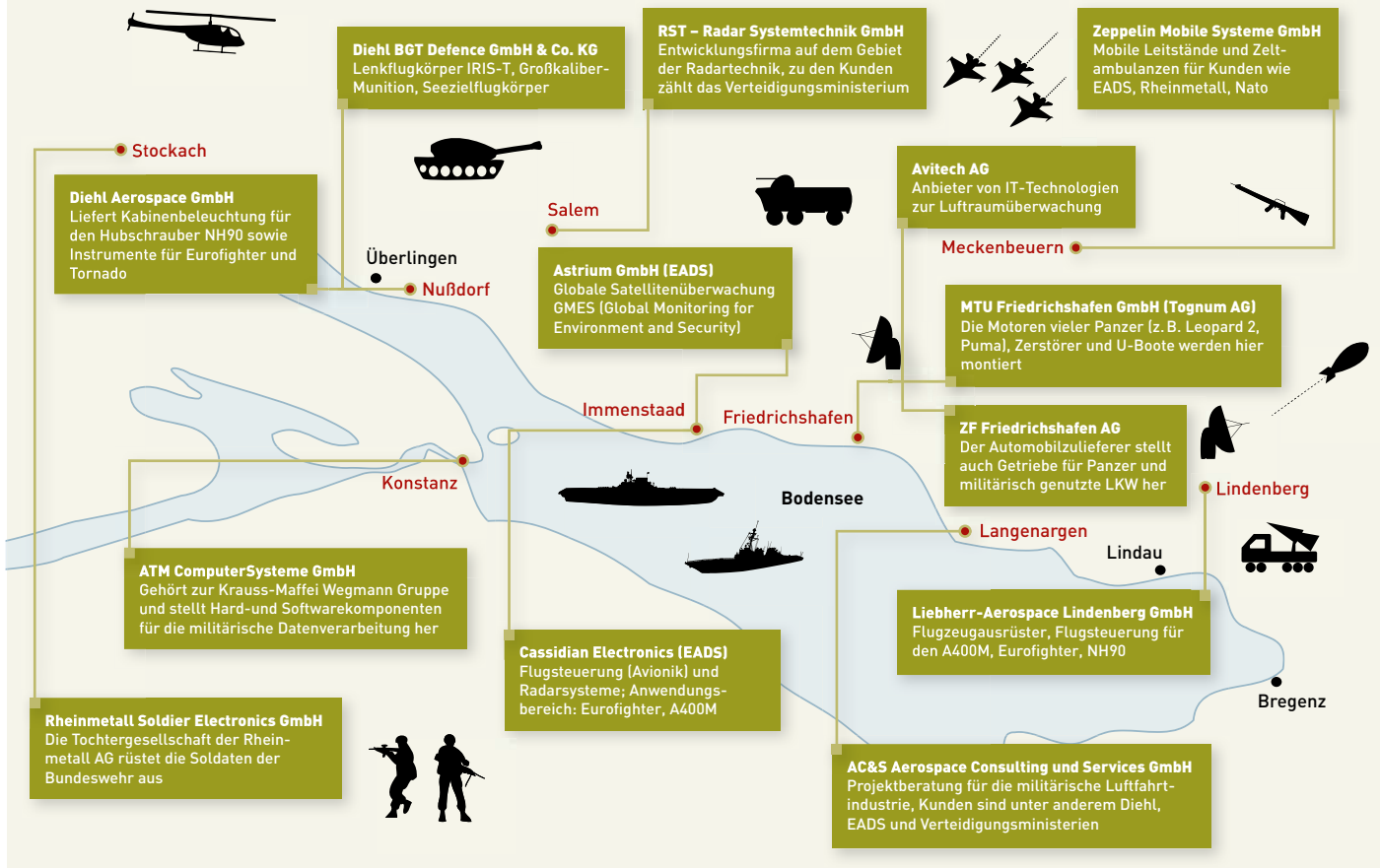
Eine genauere Strukturuntersuchung liegt seit Anfang 2012 für die 23 rund um den Bodensee angesiedelten deutschen, schweizer und österreichischen Rüstungsunternehmen vor. Der Anteil der Rüstung an der Gesamtproduktion dieser Unternehmen schwankt zwischen zwei und 100 Prozent. Von den insgesamt 25.074 Beschäftigten dieser 23 Unternehmen arbeiten 7.146 im Rüstungsbereich.

Wie viele Arbeitsplätze sind in Deutschland von der Rüstungsproduktion insgesamt und wie viele vom Rüstungsexport abhängig?

Legt man, wie oben erwähnt, die höchsten hierzu verfügbaren Angaben des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) zugrunde, so ergibt sich folgendes Bild: In der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie sind demnach 98.000 Menschen beschäftigt. Hinzu gerechnet werden sollten laut BDSV nochmals 120.000 indirekt Beschäftigte. Nimmt man eine identische Wertschöpfung pro Arbeitsplatz für Export und Inlandsverkauf an, dann wären knapp 44.000 Arbeitsplätze (und noch mal knapp 50.000 indirekte Arbeitsplätze) vom Rüstungsexport abhängig. Da die zugrunde liegenden Definitionen sehr weit gefasst sind, werden in der Realität eher weniger Arbeitsplätze direkt betroffen sein.

Alle Indizien sprechen allerdings dafür, dass die Abhängigkeit der in der Rüstungsproduktion Beschäftigten vom Rüstungsexport in den letzten Jahren immer stärker geworden ist. So werden laut BDSV schon heute knapp 50 Prozent aller in Deutschland produzierten Rüstungsgüter exportiert. Und die Rüstungs-

Rüstungsindustrie am Bodensee



Quellen: ZEIT-Grafik, Niels Dubrow (Ohne Rüstung Leben), eigene Recherchen

Industrie drängt massiv darauf, die Exportmöglichkeiten angesichts sinkender Beschaffungsaufträge der Bundeswehr weiter zu steigern. Dennoch ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Rüstungssektors in Deutschland noch so gering, dass ein teilweises oder gar vollständiges Verbot von Rüstungsexporten kaum Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation insgesamt hätte. In einigen stark von der Rüstungsindustrie geprägten Regionen wie im Werftbereich an der Küste, im Großraum Kassel, in Oberndorf im Schwarzwald oder in der Bodenseeregion sowie in einigen stark rüstungsabhängigen Betrieben könnte dies allerdings übergangsweise zu Arbeitslosigkeit führen.

Was bedeutet Rüstungskonversion? Wie wäre sie mit möglichst geringen Verlusten von Arbeitsplätzen durchsetzbar?

Bezogen auf die Rüstungsproduktion, bedeutet Konversion die Umstellung auf die Herstellung ziviler Güter. Angesichts der derzeit im internationalen Vergleich

noch relativ geringen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Rüstungsproduktion und der Zahl der betroffenen Arbeitsplätze wäre in Deutschland eine derartige Konversion wohl ohne gravierende Arbeitsplatzverluste möglich. Voraussetzung wäre die Bereitstellung von Forschungsmitteln, Investitionshilfen und anderen Formen staatlicher Anreize. Unterstützt werden müssten insbesondere Unternehmen in Regionen, in denen die Rüstungsindustrie stark präsent und die Abhängigkeit von Rüstungsarbeitsplätzen hoch ist. Den Herstellern von Panzern und anderen Großwaffensystemen wie Rheinmetall oder Krauss-Maffei Wegmann könnte die Umstellung auf Zivilproduktion durch staatliche Aufträge für öffentliche Verkehrsmittel oder Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien erleichtert werden. Rüstungskonversionsmaßnahmen wären zwar keine notwendige Vorbedingung für möglichst massive Einschränkungen von Rüstungsexporten. Sie würden die politische Durchsetzbarkeit derartiger Einschränkungen aber erheblich erleichtern.

Auswirkungen von Rüstungsexporten in den Empfängerländern

Lösen Rüstungsexporte Kriege oder innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen aus?

Auslöser und Ursachen von inner- und zwischenstaatlicher Gewalt sind in der Regel nicht Waffenlieferungen, sondern fast immer politische Konflikte und Auseinandersetzungen um Macht, Ressourcen, Territorien etc. Es gibt allerdings Fälle, in denen die Lieferung bestimmter Waffen und militärischer Fähigkeiten an eine Konfliktpartei in einem regionalen Spannungsbereich diese erst zur Kriegsführung befähigt und ermutigt hat. Ein Beispiel sind die Lieferungen hochmoderner konventioneller Waffen und von Chemiewaffen, mit denen Deutschland, die USA, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion nach der islamischen Revolution im Iran Ende der 1970er Jahre gemeinsam das Nachbarland Irak für den Golfkrieg gegen Teheran aufrüsteten. Es handelte sich dabei übrigens um das Regime von Saddam Hussein!

Unbestreitbar ist auf jeden Fall, dass Gewaltkonflikte durch die Lieferung von Waffen an eine oder mehrere Konfliktparteien oftmals eskalieren oder überhaupt mit Waffengewalt ausgetragen werden, länger dauern und mehr Opfer fordern. Das zeigen der aktuelle Bürgerkrieg in Syrien, zahlreiche Gewaltkonflikte der letzten Jahre auf dem afrikanischen Kontinent oder die Drogenkriege in Mittelamerika.

Können Rüstungsexporte auch zu einem »Gleichgewicht des Schreckens« führen und damit den Ausbruch von Kriegen verhindern?

Ein militärisches »Gleichgewicht des Schreckens« hat es nur auf Grundlage der Bewaffnung und gegenseitigen Bedrohung von NATO und Warschauer Pakt mit atomaren Massenvernichtungswaffen während der vier Jahrzehnte des Kalten Krieges gegeben. Und auch das zur gegenseitigen Vernichtung ausreichende Gleichgewicht von anfangs rund 400 atomaren Sprengköpfen auf jeder Seite war nicht stabil. Es entstand eine Aufrüstungsdynamik mit immer moderneren Atomwaffen, bis beide Seiten schließlich jeweils über mehr als 20.000 Sprengköpfe verfügten. Und mehrfach während des Kalten Krieges stand die Welt am Rande eines atomaren Krieges.

Für ein dauerhaftes und stabiles Gleichgewicht auf der Basis von lediglich konventionellen Waffen gibt es in der Militärgeschichte kein Beispiel.



Auch mit deutschen Waffen und Rüstungsgütern überfiel 1980 der Irak unter Saddam Hussein seinen Nachbarn Iran. Dieser erste Golfkrieg mit Hunderttausenden von Toten und riesigen Zerstörungen dauerte acht Jahre.

Sind negative Auswirkungen von Rüstungsexporten auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von Empfängerländern belegbar?

Staatliche Haushaltsmittel, die für Rüstungsimporte ausgegeben werden, stehen nicht mehr zur Verfügung für das Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung, die Nahrungsmittelbeschaffung, den Ausbau der Infrastruktur oder für andere, oft lebenswichtige zivile Aufgaben. Das gilt grundsätzlich für alle Staaten dieser Erde. Natürlich sind die negativen Folgen der Ausgaben für Rüstungsimporte für die Menschen in den 50 ärmsten und nach UNO-Kriterien »am wenigsten entwickelten Ländern« der Erde gravierender als für die Bevölkerungen des reichen Ölexporteurs Saudi-Arabien oder des ökonomisch starken Schwellenlandes Brasilien. Doch auch in Saudi-Arabien, Brasilien oder in der Schweiz, dem reichsten Land Europas, werden Ausgaben für Soziales, Bildung und andere gesellschaftlich wichtige Aufgaben zunehmend gekürzt, während gleichzeitig die Ausgaben für Rüstungsimporte weiter ansteigen.

Rüstungsimporte in Länder mit diktatorischen Regimen stärken zudem – völlig unabhängig von Armut oder Reichtum dieser Länder – die »Sicherheitsapparate« und Institutionen der Unterdrückung und behindern daher die gesellschaftliche Entwicklung.



Hat nicht jeder Staat nach der UN-Charta das Recht zur Selbstverteidigung, und muss Deutschland nicht schon deshalb grundsätzlich bereit sein, Waffen und Rüstungsgüter zur Verteidigung zu liefern?

Das ist ein besonders verlogenes und zynisches Argument. Insbesondere wenn man bedenkt, dass in den meisten Fällen, in denen seit 1945 ein Land A ein Land B angriff und damit das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta auslöste, Deutschland zuvor Rüstungsgüter an den Aggressor geliefert hatte. Artikel 51 der UN-Charta impliziert keinerlei Verpflichtung eines anderen Staates zur Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern. Stattdessen wäre die richtige Konsequenz aus dem zwischenstaatlichen Gewaltverbot in Artikel 2 (4) der UNO-Charta, auf die militärische Aufrüstung von Nationalstaaten durch Rüstungsexporte völlig zu verzichten.



Im »zweiten Golfkrieg« 1990/1991 standen sich dann der Irak – hochgerüstet auch mit westlichen Waffensystemen – und eine US-geführte Militärkoalition gegenüber

Strategische und außenwirtschaftliche Interessen Deutschlands

Ist der Weltrüstungsmarkt nicht ein Käufermarkt? Würden deshalb massive Exporteinschränkungen Deutschlands nicht augenblicklich von anderen Lieferanten kompensiert?

Der Weltrüstungsmarkt ist beides: ein Käufer- ebenso wie ein Angebotsmarkt. Deutsche Rüstungskonzerne und wehrtechnische Unternehmen betreiben eine sehr aggressive Angebotspolitik auf diesem Markt und schüren damit die Nachfrage. Und sie setzen Standards. Denn deutsche Waffen und sonstige Rüstungsgüter gehören in einigen Kategorien (z.B. Kampfpanzer, U-Boote) zu den im weltweiten Vergleich besten Produkten. Dass massive Exporteinschränkungen Deutschlands von anderen Lieferanten kompensiert würden, ist nicht auszuschließen. Das ist aber kein akzeptables Argument gegen Exporteinschränkungen für Produkte, die massenhaft Tod und Leid verursachen. (Ansonsten müsste zum Beispiel auch der Export von harten Drogen gefördert werden. Denn hier gilt noch viel mehr: »Wenn wir nicht liefern, liefern die anderen!«) Von nationalen Exportbeschränkungen Deutschlands dürfte vielmehr eine positive Vorbildfunktion für andere Länder ausgehen, ähnlich wie beim Ausstieg aus der Atomenergie. Der Kompensationseffekt ließe sich zudem begrenzen, wenn sich Deutschland zugleich international (im Rahmen von UNO und EU) für verbindliche Vereinbarungen zur Einschränkung des weltweiten Waffenhandels einsetzen würde. Und zwar nicht nur bei solchen Produkten (wie Kleinwaffen), wo deutschen Unternehmen zunehmend veritable Konkurrenz aus China und anderen Schwellenländern entsteht.

You get what you pay for!



1 Kampfschiff
Fregatte 125

9 Jahre Schule für 9 Millionen
Kinder in Afghanistan

Quelle: www.aufschrei-waffenhandel.de



Weshalb Rüstungsverhandlungen geheim sind

Ist die Behauptung, Rüstungsexporte seien ein »entscheidender Türöffner« für zivile Aufträge, zutreffend? Würde Deutschland als exportabhängiges Land bei einem Verzicht auf Rüstungsexporte auch zivile Aufträge in größerem Umfang gefährden?

Für die Richtigkeit dieser Behauptung gibt es bisher kein einziges Fallbeispiel als Beleg. Alle Daten und Fakten sprechen gegen diesen Zusammenhang. Deutschland ist 2012 wieder Exportweltmeister mit einem erwarteten Handelsüberschuss von 210 Milliarden US-Dollar (China: 203 Mrd.). Und ca. 98,8 Prozent aller deutschen Exporte waren 2011 Zivilgüter. In allen Ländern, in die Deutschland heute Rüstungsgüter exportiert, waren zuvor bereits deutsche Unternehmen mit Zivilgütern auf dem Markt. Es besteht daher kein Anlass zur Sorge, Deutschland würde bei einem Verzicht auf Rüstungsexporte auch zivile Aufträge in größerem Umfang gefährden.

Sind die Sicherung von Handelswegen oder Rohstofflieferungen nicht legitime Interessen, die auch mit Rüstungsexporten abgesichert werden sollten?

Nein! Bei der Frage der Legitimität ist immer zu unterscheiden zwischen Interessen und der Art ihrer Durchsetzung. Legitim ist Deutschlands Interesse an einer gesicherten Energieversorgung. (Wobei unter dem Kriterium globaler Gerechtigkeit genauer zu diskutieren wäre, welcher Gesamtenergieverbrauch Deutschlands bzw. welcher Pro-Kopf-Verbrauch seiner 82 Millionen Einwohner-/innen denn legitim wäre.)

Nicht legitim ist es, wenn Deutschland zur Durchsetzung dieses Interesses im eskalierenden globalen Verteilungskampf um die immer knapperen fossilen Energierohstoffe Öl und Gas auf militärische Mittel setzt – gleichgültig ob es sich um direkte (militärische Intervention) oder indirekte (Rüstungsexporte an Saudi-Arabien oder andere Ölstaaten im Nahen Osten) militärische Mittel handelt. Der einzig legitime Weg ist die möglichst schnelle Befreiung aus der sklavischen Abhängigkeit von Öl und Gas durch eine umfassende Energiewende: Förderung erneuerbarer Energien, Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs und Erhöhung der Energieeffizienz.

Eine solche Energiewende ist technisch möglich, ihre Umsetzung eine Frage des politischen Willens. Sie ist auch – völlig unabhängig von der Verknappung der fossilen Energieressourcen Öl und Gas – angesichts der globalen Erwärmung die einzig legitime Handlungsoption.

Der Einsatz militärischer Mittel zur Sicherung von Handelswegen oder des Zugangs zu Rohstoffen ist immer illegitim. Denn er ist immer der Versuch, das Recht des Stärkeren durchzusetzen unter Aufrechterhaltung ungerechter Bedingungen – sei es bei der Förderung von oder beim Handel mit Rohstoffen. Für die »Bedrohung« von Handelswegen für deutsche Exporte gibt es immer Ursachen, für die Deutschland und seine EU-Partner nicht selten mitverantwortlich sind. Beispiel: Die Piraten, die heute Handelsschiffe am Horn von Afrika bedrohen, waren früher Fischer. Ihre Lebensgrundlagen wurden zerstört von europäischen Hochseefloten, die – oftmals unter Verstoß gegen internationales Recht – ihre Fischgründe leer plünderten.

»2011 erhielten 64 Länder, deren Menschenrechtssituation vom BICC (Bonn International Center for Conversion) als sehr bedenklich eingestuft wird, Rüstungsgüter aus Deutschland (2010: 48 Länder); in 39 Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter gab es interne Gewaltkonflikte (2010: 49 Länder). Zusätzlich bestand in neun Empfängerländern nach Berechnungen des BICC eine erhöhte Gefahr, dass unverhältnismäßig hohe Rüstungsausgaben die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Zu diesen Staaten gehörten unter anderem Angola, Kamerun, Kasachstan, Mosambik und Nigeria.«

(Quelle: Rüstungsexportbericht 2012 der GKKE, S.47)

Ist der Einsatz von Rüstungslieferungen als Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen überhaupt effizient? Oder sind die Folgen nicht eher kontraproduktiv, wenn nach einem Regimewechsel auch die Waffen in andere Hände gelangen?

Rüstungslieferungen an diktatorische Regime zwecks »Stabilisierung« von Ländern und Regionen, in denen Deutschland wirtschaftliche Interessen hat, bringen manchmal für begrenzte Zeit das gewünschte Ergebnis. Langfristig wirken diese Rüstungslieferungen jedoch kontraproduktiv. Das zeigen die aktuellen Entwicklungen im ölreichen Nahen Osten und in Nordafrika. In keinem der Länder, deren Diktaturen Deutschland und die anderen westlichen Staaten zum Teil über 50 Jahre lang politisch und mit Waffen unterstützt haben, herrscht heute politische oder wirtschaftliche Stabilität. Auch nicht in den Ländern, deren Diktaturen seit Beginn der »Arabelion« inzwischen überwunden wurden. Die Aufrüstung dieser Länder war auch kein erfolgreiches Mittel, um den Einfluss und die Radikalisierung islamistischer Gruppen zurückzudrängen, womit die Rüstungslieferungen in vielen westlichen Hauptstäd-

ten nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zusätzlich gerechtfertigt wurden. Schließlich fielen zumindest in Libyen und auch in Syrien einst an die Regime gelieferte Waffen und Munition in die Hände bewaffneter Aufständischer und wurden und werden auch von diesen im Bürgerkrieg oftmals zum Schaden von Zivilisten eingesetzt. In Libyen verschwand zudem ein erheblicher Teil der einst an das Gaddafi-Regime gelieferten Waffen und Munition an unbekannte Empfänger im Inland und im benachbarten Ausland. Waffen, die bei künftigen Gewaltkonflikten in der Region sicher auch zum Einsatz kommen werden wie derzeit bereits in Mali. Möglicherweise eines Tages auch – so wie in Afghanistan geschehen – gegen Soldatinnen und Soldaten aus Deutschland.



Französische Interventions- und malische Regierungstruppen kämpfen in Norden Malis gegen islamistische Gruppen, die mit teilweise hochmodernen westlichen Waffen ausgerüstet sind. Beim Sturz des Gaddafi Regimes gelangten riesige Waffenarsenale in die Hände unterschiedlicher Akteure in der ganzen Region.

Ist es nicht sinnvoller, befreundete Regierungen mit Waffenlieferungen zu unterstützen, als bei Gefährdung westlicher Interessen gleich Soldaten schicken zu müssen?

Zunächst wären in jedem konkreten Einzelfall die westlichen Interessen genauer zu definieren und auf ihre Legitimität zu überprüfen. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass zur Abwehr einer tatsächlichen oder vermeintlichen Gefährdung wie auch immer definierter westlicher Interessen weder die Unterstützung befreundeter Regierungen mit Waffenlieferungen noch die Entsendung von Soldaten sinnvoll und nachhaltig wirksam sind. Für eine solche Gefährdung gibt es immer politische und/oder wirtschaftliche Gründe und Ursachen. Und diese lassen sich nicht mit Waffen oder Soldaten beseitigen. Davon abgesehen waren die Lieferung von Waffen oder die Entsendung westlicher Soldaten ja auch in der Vergangenheit real gar keine Handlungsalternativen. In fast alle Länder und Regionen, in die seit 1945 Soldaten zur Durchsetzung westlicher Interessen geschickt wurden, hatten westliche Staaten zuvor Waffen geliefert.

Genehmigte Ausfuhren von Kleinwaffen und leichten Waffen aus Deutschland im Jahre 2011

Waffenart	Abnehmer unter Drittstaaten
Gewehre und Karabiner	Indien, Indonesien, Philippinen, Saudi-Arabien
Maschinenpistolen	Saudi-Arabien, Indonesien, Argentinien, China, Singapur, Serbien, Indien
Sturmgewehre	Saudi-Arabien, Kosovo, Singapur, Philippinen, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien, Oman
Leichte Maschinengewehre	Oman, Brasilien
Leichte, unter dem Lauf angebrachte sowie schwere Granatwerfer	Brasilien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Vereinigte Arabische Emirate
Rückstoßfreie Waffen	Singapur

Quelle: Rüstungsexportbericht 2012 der GKKE

Positionen wichtiger gesellschaftlicher Akteure

Welche grundlegenden Positionen zum Rüstungsexport nehmen die beiden großen christlichen Kirchen ein?

Anders als viele katholische und evangelische Friedensgruppen, Gemeinden und regionale Synoden setzen sich die Führungsgremien der beiden großen Kirchen – die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – zwar nicht für die vollständige Einstellung von Rüstungsexporten ein doch sie kritisieren die aktuelle Praxis der deutschen Rüstungsexportpolitik scharf. Wichtigste Stimme der kirchlichen Kritik sind die seit 1997 jährlich vorgelegten »Rüstungsexportberichte« der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). So kritisierte der Bericht vom Dezember 2011 beispielsweise scharf die Ausfuhr des G36-Gewehrs von Heckler & Koch an zahlreiche Diktaturen sowie den geplanten Export von Leopard-II-Panzern nach Saudi-Arabien und die Lieferung von U-Booten und Kriegsschiffen an Pakistan und andere Staaten in Krisen- und Konfliktregionen. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, deutschen Rüstungskonzernen keine Hermesausfallbürgschaften für ihre Exporte mehr zu gewähren. Sie warnt die Bundesregierung davor, sich bei rüstungsexportpolitischen Entscheidungen von wirtschaftlichen Interessen an der Auslastung von Kapazitäten leiten zu lassen. Und die GKKE moniert zum wiederholten Mal als »skandalöses Verhalten«, dass die Bundesregierung ihren Rüstungsexportbericht an den Bundestag unter Verstoß gegen den EU-Verhaltenskodex immer erst mit bis zu 15-monatiger Verspätung vorlegt. Zudem wird konstatiert, dass dieser Bericht keine ausreichende Transparenz schafft. Diese Funktion hat längst der jährliche GKKE-Bericht übernommen, der für am Thema Rüstungsexporte interessierte Journalistinnen und Journalisten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie für die interessierte Öffentlichkeit zur wichtigsten Quelle geworden ist.

Bereits 2007 resümierte die EKD – Friedensdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen«: »Rüstungsexporte tragen zur Friedensgefährdung bei. In exportierenden Ländern stärken sie eigenständige wirtschaftliche Interessenlagen an Rüstungsproduktion. In den importierenden Ländern können Waffeneinfuhren Konflikte verschärfen.

78 von 100 Befragten in Deutschland sind gegen Rüstungsexport

Verteilung in %	Gesamt	Ost	West	Frauen	Männer
verkaufen	20	11	22	13	27
nicht verkaufen	78	85	77	84	72
Weiß nicht	2	4	1	3	1
Keine Angaben	0	0	0	0	0
Nach Parteipräferenz	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/Grüne
verkaufen	31	20	23	11	18
nicht verkaufen	67	79	72	88	81
Weiß nicht	2	1	5	1	1
Keine Angaben	0	0	0	0	0

Quelle: TNS Emnid, 1.005 Befragte am 4. und 5. 10. 2011

(...) Die große Gefahr, die mit Rüstungsexporten einhergeht, hat seit je Kirchen und christliche Gruppen dazu bewogen, sich für ihre Beendigung einzusetzen. Konzepte für Rüstungskonversion waren dabei hilfreich. Ohne verbindliche internationale Abkommen lässt sich allerdings die neue Dynamik von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport nicht aufhalten. (...) Mit der GKKE ist eindringlich davor zu warnen, sich bei rüstungsexportpolitischen Entscheidungen von wirtschaftlichen Interessen an der Auslastung von Kapazitäten leiten zu lassen.«

Das Hirtenwort der katholischen Deutschen Bischofskonferenz »Gerechter Friede« aus dem Jahr 2000 fordert, »die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung fortzusetzen und den Handel mit Waffen einzudämmen. Denn Hochrüstung und ein unkontrollierter Zufluss an Waffen gefährden den Aufbau dauerhafter Friedensordnungen und bedeuten ein schwerwiegendes Hindernis für die Einleitung von Friedensprozessen. Ebenso kann mit der Anhäufung großer Waffenarsenale die Versuchung wachsen, bestehende Konflikte durch den Einsatz militärischer Mittel gewaltsam zu bewältigen.«



Die eindrucksvolle Aufschrei-Kunstaktion »Bomben über Berlin« am 26. Februar 2012 vor dem Berliner Reichstag (siehe Titelfoto) wurde am 26. Oktober 2012 mit dem Internationalen Deutschen PR-Preis in der Kategorie »Non-Profit-Organisationen« ausgezeichnet. Für die Preisträger nahmen während einer festlichen Gala im Kurhaus Wiesbaden Kreative der einreichenden Agentur Scholz & Friends und für die Aktion Aufschrei Harald Hellstern (pax christi) und Paul Russmann (Ohne Rüstung Leben) die Auszeichnung entgegen. Der Internationale Deutsche PR-Preis ist die höchste und renommierteste Auszeichnung der PR-Branche im deutschsprachigen Raum.

Besonders problematisiert wird die kontraproduktive Wirkung von Rüstungsexporten gegenüber der Entwicklungspolitik: »Die Herstellung und Unterhaltung militärischer Anlagen und der Erwerb von Waffensystemen sind darüber hinaus sehr kostenintensiv und belasten die einzelnen Volkswirtschaften. Sie binden Mittel, die für dringlich wahrzunehmende gesellschaftliche und politische Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen: »Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt« (GS 81*). Dies trägt gerade in den Entwicklungsländern zur Vertiefung bestehender Not bei. Es ist besonders bedrückend, dass Waffen aus dem Ausland in der Hand autoritärer Regime oft zur Repression im eigenen Land eingesetzt werden.« (Gerechter Friede, Abs. 132)

**GS ist die Abkürzung für die Pastoralkonstitution »gaudium et spes«, ein Dokument des II. Vatikanischen Konzils*

Welche Positionen und Forderungen werden von den Gewerkschaften vertreten?

Unter den im DGB organisierten Gewerkschaften existiert zum Rüstungsexport ein Minimalkonsens, der im DGB-Aufruf zum jüngsten Antikriegstag am 1. September 2012 so formuliert wurde: »Die Waffen, die Machthaber in der arabischen Welt gegen ihr eigenes Volk einsetzen, haben unter anderem deutsche und europäische Rüstungsfirmen geliefert. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wir fordern die Bundesregierung einmal mehr auf, Rüstungsexporte in Krisenregionen zu verbieten.«

Sehr viel weiter ging die größte Einzelgewerkschaft ver.di in ihrem Aufruf: »ver.di fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen durch eine gesetzliche Präzisierung stoppt und damit der Initiative der Friedensbewegung »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« folgt!«

Innerhalb der IG Metall, in der der größte Teil der noch rund 100.000 Beschäftigten in der Rüstungsindustrie organisiert ist, ist die Haltung zu Rüstungsexporten zunehmend umstritten. Eine vom IG Metall-Vorstand in Auftrag gegebene, publizierte und durch ein Vorwort ausdrücklich autorisierte Studie aus dem Jahr 2010 (»Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext«) setzt für die deutsche Rüstungsindustrie »auf die Wachstumsmärkte außerhalb Europas«, wo »einige Schwellenländer milliardenschwere Beschaffungen von Marineeinheiten planen«. Die »Einsatzfähigkeit« der Kriegsmarine gegen die »Bedrohung des freien Warenverkehrs« müsse ebenso sichergestellt werden wie die »Exportfähigkeit« deutscher Waffen, heißt es in der IG Metall-Studie. Die Studie stieß innerhalb und außerhalb der IG Metall auf massive Kritik. Doch bis heute hält der Vorstand daran fest. Eine (selbst)kritische Aufarbeitung der gescheiterten Bemühungen der IG Metall um Rüstungskonversion in den 1970er bis 1990er Jahren findet bislang nicht statt. Man begnügt sich mit Hinweisen auf den »Unwillen« der Rüstungsunternehmen. In ihrem Aufruf zum 1. September 2012 stellte sich die IG Metall lediglich hinter die »Petition von Amnesty International für strikte Kontrollen des internationalen Waffenhandels« durch ein UN-Abkommen. Zum Zeitpunkt des Aufrufes waren die entsprechenden UN-Verhandlungen allerdings bereits gescheitert.

// Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013

Deutschland gehört weltweit zu den größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, wie z. B. Militärfahrzeuge. Durch den Einsatz der aus Deutschland gelieferten oder die in deutscher Lizenz gefertigten Kriegswaffen, sterben tagtäglich zahlreiche Menschen, viele sind zeitlebens traumatisiert. Mit diesen Waffen wird unendlich viel Leid angerichtet. Ihr Einsatz fördert Unfrieden, verhindert Entwicklung und Gerechtigkeit in den Empfängerländern.

Mit ihren mehr als hundert Mitgliedsorganisationen gibt die Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« den Opfern deutscher Rüstungsexporte Stimme, den Tätern Name und Gesicht (siehe www.aufschrei-waffenhandel.de). Auf gesetzlicher Ebene fordert die Kampagne: »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert!« Auf dem Weg zu diesem Ziel begrüßt die Kampagne Zwischenschritte in Richtung des Stopps von Waffenhandel.

Wir empfehlen diese Fragen in Gespräche mit KandidatInnen für den Deutschen Bundestag einzubringen oder als Vorlage für Podiumsdiskussionen. Falls die Antworten schriftlich vorliegen und die Politiker/-innen zustimmen, könnten diese Wahlprüfsteine auch für die jeweilige Lokalpresse ein interessanter Aspekt sein um das Thema Rüstungsexporte aufzugreifen.

73 von 100 Befragten in Deutschland sind für ein Exportverbot von Kleinwaffen

Verteilung in %	Gesamt	Ost	West	Frauen	Männer
Ja	73	83	71	79	67
Nein	25	15	27	18	32
Weiß nicht	1	2	1	2	0
Keine Angaben	1	0	1	1	1
Nach Parteipräferenz	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/Grüne
Ja	61	74	45	92	82
Nein	37	24	55	6	18
Weiß nicht	1	2	0	0	0
Keine Angaben	1	0	0	2	0

Quelle: TNS Emnid, 1.005 Befragte am 4. und 5. 10. 2011

1 // Grundsätzliches Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz!

Angesichts unzureichender rechtlicher Rahmenbedingungen und fehlendem politischen Willen konnte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufsteigen. Kaum ein Krieg, in dem nicht deutsche Waffen – vielfach beiderseits der Front – zum Einsatz kommen.

// Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?

Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann die Forderung:

2 // Keine Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten!

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter schwere Menschenrechtsverletzungen verübt.

// Frage: Setzen Sie sich im Fall Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden können?

3 // Keine Rüstungsexporte an kriegführende Staaten!

Zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind in Kriege oder Bürgerkriege verwickelt, dessen ungeachtet stimmt die Bundesregierung Waffenexporten an kriegführende Staaten zu.

// Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder ein, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wo solche drohen oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden?

4 // Exportverbot für Kleinwaffen!

Dramatisch hoch sind die Opferzahlen durch den Einsatz sogenannter »Kleinwaffen«, wie Pistolen, Maschinenpistolen oder Gewehre. Deutschland ist auch drittgrößter Kleinwaffenexporteur der Welt.

// Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland ein?

5 // Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen!

Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen, dass die Vergabe von Nachbaurechten (Lizenzen) für Kriegswaffen zu einer unkontrollierbaren Produktion, Weiterverbreitung und zum Einsatz dieser Waffen führt.

// Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter ein?

6 // Keine Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermesbürgschaften!

Mit Hermesbürgschaften sichert der Staat Rüstungsexportgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler/-innen ab.

// Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die Forderung nach einem Verbot von Hermesbürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein?

7 // Transparenz beim Waffenhandel!

Rüstungsexportgeschäfte sind höchst intransparent: Brisante Exportgenehmigungen werden in geheimer Sitzung des Bundessicherheitsrats (Kanzler/-in und acht Minister) mit Mehrheit entschieden, unzureichende Rüstungsexportberichte erst Ende des Folgejahres publiziert.

// Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine zeitnahe Informationspflicht der Abgeordneten, namentliche Abstimmungen und für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages sowie für transparente Rüstungsexportberichte ein, die – wie in England – quartalsweise veröffentlicht werden?

*Paul Russmann, Christine Hoffmann, Jürgen Grässlin
Sprecher/-innen der Kampagne*

// Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht«

Trägerorganisationen der Kampagne

- // Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)
- // aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V.
- // Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR
- // Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
- // Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- // Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner/-innen (DFG-VK)
- // Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW) Deutschland
- // NaturFreunde Deutschlands
- // Internationale katholische Friedensbewegung pax christi – Deutsche Sektion
- // JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion
- // Ohne Rüstung Leben (ORL)
- // Provinzleitung der Deutschen Franziskaner und Kommission Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung
- // RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
- // terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not
- // Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfG)



Die Aktion legt den Leo an die Kette während des Katholikentages 2012 in Mannheim

Mitglieder im Aktionsbündnis der Kampagne

- // Aachener Friedenspreis e.V.
- // AK Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Spiritaner
- // Aktion 3% e.V. Föhren
- // Aktion Selbstbesteuerung e.V.
- // Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.
- // Arbeitsgemeinschaft Katholischer Erwachsenenverbände im Bistum Freiburg
- // Arbeitskreis für Entwicklungspolitik und Selbstbesteuerung e.V.
- // Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung
- // Arbeitsstelle kokon – für konstruktive Konfliktbearbeitung
- // attac Deutschland
- // Augsburgener Friedensinitiative
- // AWC Deutschland e.V. Deutscher Zweig der Vereinigung der Weltbürgerinnen und Weltbürger
- // Bischöfliche Kommission für Mission, Entwicklung und Frieden in der Diözese Osnabrück
- // Bund der Deutschen Katholischen Jugend – Diözese Trier
- // Bund für Soziale Verteidigung e.V.
- // Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB e.V.
- // Darmstädter Signal
- // Diözesankomitee der Katholiken im Bistum Münster
- // Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen
- // Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart
- // Diözesanrat der Katholiken im Bistum Würzburg
- // EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.
- // Evangelische Französisch-reformierte Gemeinde
- // Evangelische Kirche in Hessen Nassau
- // Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden
- // Forum für gesellschaftlichen Frieden, Karlsruhe
- // Frauennetzwerk für Frieden e.V.
- // Freiburger Kant-Stiftung
- // Friedensbewegung Ingolstadt Region 10
- // Women's Network for Peace

- // Friedensbewegung Ingolstadt Region 10
- // Friedensfestival Berlin e.V.
- // Friedensplenum Mannheim
- // Friedenszentrum Braunschweig e.V.
- // Hagener Friedenszeichen e.V.
- // Heidelberger Friedensratschlag
- // Initiative gegen Waffen vom Bodensee
- // Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- // Internationales Frauenzentrum Bonn e.V.
- // Kampagne Tatort Kurdistan
- // Katholikenrat im Bistum Trier
- // Katholikenrat im Bistum Mainz
- // Katholische Kirchengemeinde St. Antonius von Padua aus Stuttgart-Zuffenhausen
- // Katholische Kirchengemeinde St. Fides und Markus Söden
- // Konstanzer Friedensinitiative
- // Kooperation für den Frieden
- // Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.
- // medico international
- // Naturwissenschaftler/-innen-Initiative
- // Ökopax e.V.
- // Ökumenisches Netz in Deutschland
- // Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
- // pax christi Bistumsstellen Augsburg, Fulda, Limburg, Mainz, Münster, Osnabrück/Hamburg, Rottenburg-Stuttgart, Trier
- // Stage Divers(e)
- // Theologische Sozietät in Baden
- // Kurt Tucholsky-Gesellschaft e.V.
- // Würselener Initiative für den Frieden
- // Zentrum für Politische Schönheit

Mitglied werden im Aktionsbündnis

Alle Initiativen, Vereine und Organisationen, die die Kampagne unterstützen wollen, sind herzlich eingeladen zur Mitarbeit im Aktionsbündnis.

Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten

Alle Informationen, Termine, Veranstaltung- und Aktionshinweise, Hintergrundmaterial zu Rüstungsfirmen, Pressemeldungen der Kampagne, Pressespiegel über die Kampagne, Online-Unterschriften-Möglichkeit, Videos der Kampagne und, und, und finden Sie im Internet unter www.aufschrei-waffenhandel.de

Sprecher/-innen der Kampagne



Jürgen Grässlin,
DFG-VK,
Telefon: 07 61 76 78 20 8



Christine Hoffmann,
pax christi,
Telefon: 030 200 76 78 - 0



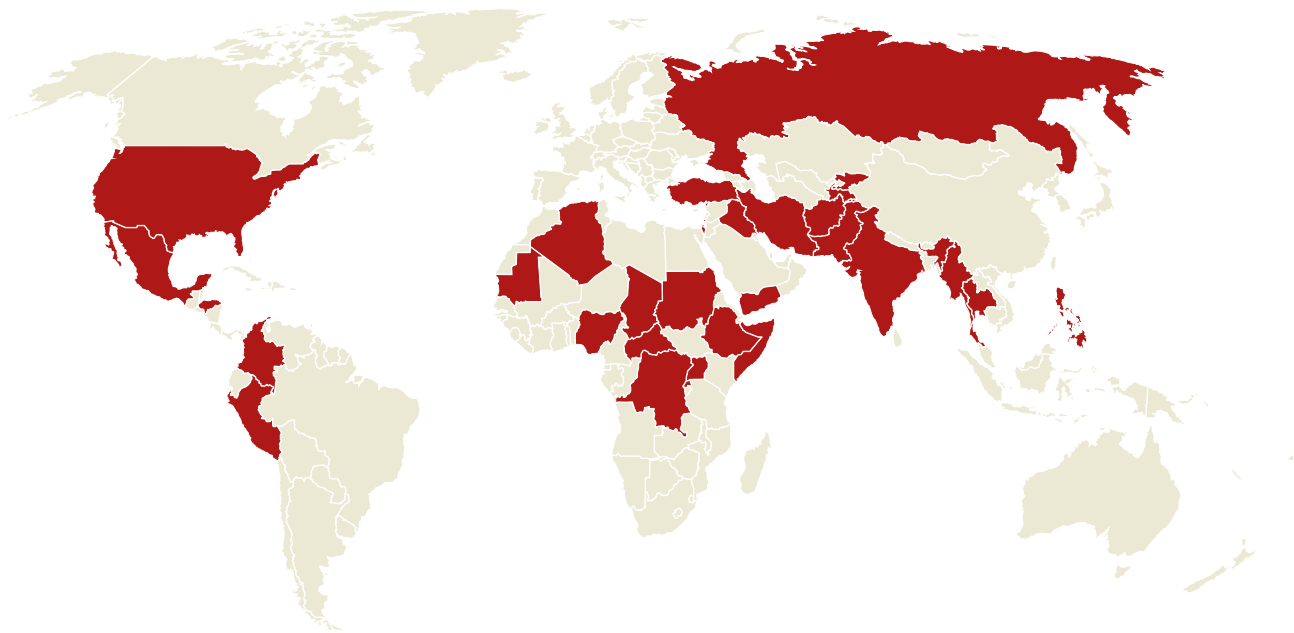
Paul Russmann,
Ohne Rüstung Leben,
Telefon: 07 11 60 83 96

E-Mail: info@aufschrei-waffenhandel.de

Internet: www.aufschrei-waffenhandel.de

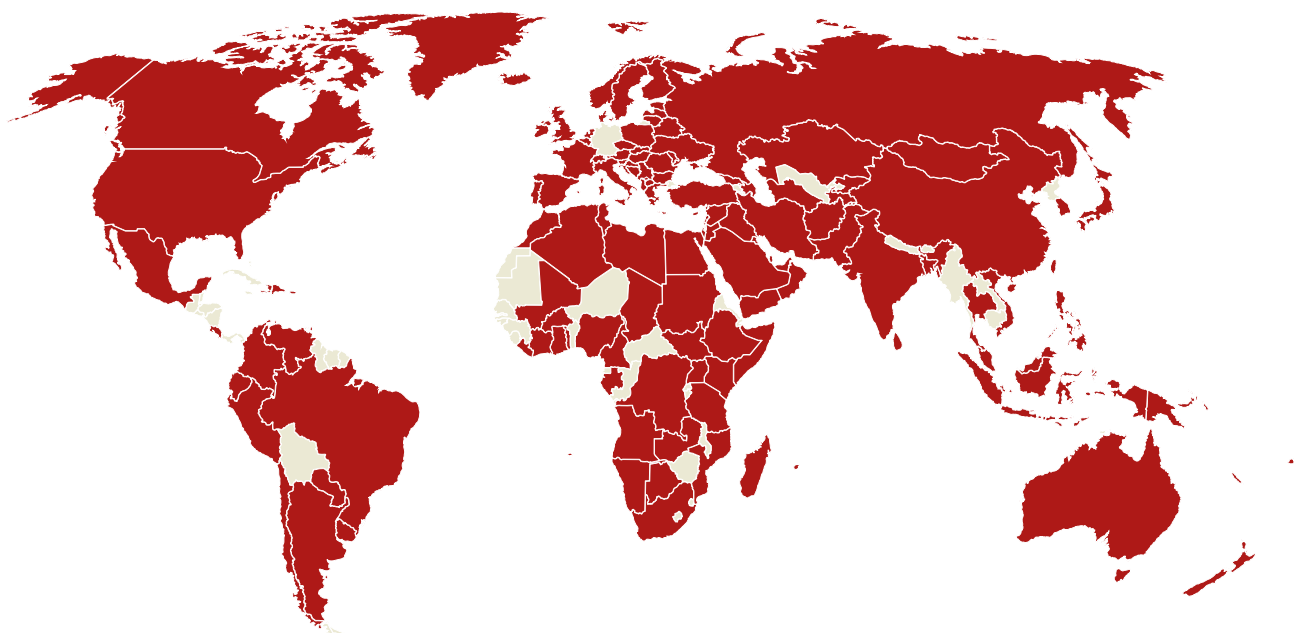
// Bewaffnete Konflikte und Rüstungsexporte

Länder, in denen 2010 bewaffnete Konflikte stattgefunden haben (rot)

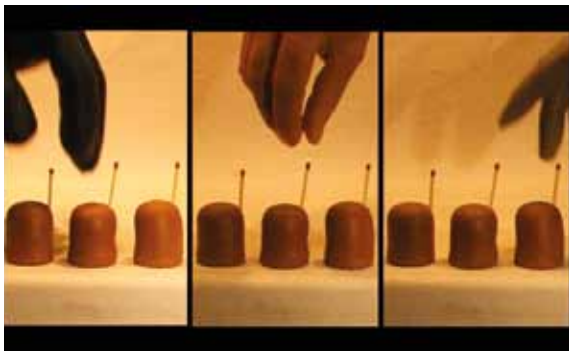


Quelle: SIPRI 2012

Länder, in die 2011 Rüstungsexporte von der Bundesregierung genehmigt wurden (rot)



Quelle: Rüstungsexportbericht 2011 der Bundesregierung



Materialien zur Kampagne

»Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Die Aktion Aufschrei bietet neben vielfältigen Informations- und Mobilisierungsmaterialien auch zahlreiche Videoclips und Kurzfilme an. Diese eignen sich gut als Einstieg für Veranstaltungen jeder Art. Hier gibt es Kurzfilme über »Gewaltfreie Aktionen« gegen verschiedene Rüstungsfirmen, Kunstaktionen gegen Waffenhandel, Satirische Beiträge zum Export von Leopard-Kampfpanzern bis hin zu einer ganzen Serie von Videoclips des Jugendtheaterensemble Stage Divers(e). In diesen Videoclips werden unterschiedliche Aspekte des Themas künstlerisch und jugendgemäß präsentiert. Sie eignen sich insbesondere für Veranstaltungen mit jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Wir unterstützen Sie!

Falls Sie zur Unterstützung eines Vortrages Interesse an einer PowerPoint-Präsentation zum Thema »Deutsche Rüstungsexportpolitik« haben, wenden Sie sich bitte an:

// Ohne Rüstung Leben, Paul Russmann

// Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart

// Telefon: 0711 608396, E-Mail: orl-russmann@gaia.de

Den ganzen Film »Süßigkeiten, oder?«, weitere Materialien, Informationen, Veranstaltungstipps und noch viel mehr finden Sie auf: www.aufschrei-waffenhandel.de